

AGNÈ MAKRIS

Verwalten in „Modernen Protektoraten“

Jus Internationale et Europaeum

Mohr Siebeck

Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von

Thilo Marauhn und Christian Walter

168



Agnè Makris

Verwalten in „Modernen Protektoraten“

Rechtmäßigkeitsanforderungen
an EU-Verwaltungsmissionen
am Beispiel der EULEX-Mission im Kosovo

Mohr Siebeck

Agnė Makris, geboren 1983; Studium der Rechts-, Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Mykolas Romeris Universität in Vilnius (Litauen); LL.M. (Konstanz); Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht und Rechtsvergleichung an der Universität Konstanz; seit 2015 Juristin in einer internationalen Wirtschaftskanzlei in München; 2018 Promotion.
orcid.org/0000-0002-3237-992X

Dieses Buch wurde gefördert mit Mitteln des im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder eingerichteten Exzellenzclusters der Universität Konstanz „Kulturelle Grundlagen von Integration“.

ISBN 978-3-16-157709-3 / eISBN 978-3-16-157710-9
DOI 10.1628/978-3-16-157710-9

ISSN 1861-1893 / eISSN 2568-8464 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times Antiqua gesetzt und von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

„[...] what makes the situation in Kosovo unique is the executive authority of international actors. This means that the rule of law in Kosovo is not only promoted but also enforced“*

* *Sannerholm*, in: Zürn/Nollkaemper/Peerenboom (Hrsg.), *Rule of Law Dynamics*, 252 (276).

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2017 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz als Dissertation angenommen. Dazu wäre es ohne die Unterstützung einer Reihe von Personen und Institutionen nicht gekommen, denen ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte.

An erster Stelle gilt mein Dank meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Hans Christian Röhl, der mich als Nicht-Muttersprachlerin ermutigt hat, diese herausfordernde und anspruchsvolle Reise erstmal zu wagen. Er hat mich auf das Thema meiner Arbeit aufmerksam gemacht und stets fördernd begleitet. Auch das lehrreiche Umfeld, das ich in meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl erleben durfte, hat wesentlich zum Erfolg dieser Arbeit beigetragen. Herrn Professor Dr. Daniel Thym, LL.M. (London), möchte ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danken. Beiden Gutachtern sowie dem Prüfungsvorsitzenden Herrn Professor Dr. Marten Breuer danke ich für die rege und interessante Diskussion während der Disputation am 26. Oktober 2018. Den Herausgebern, Herrn Professor Dr. Thilo Marauhn und Herrn Professor Dr. Christian Walter, gilt mein Dank für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe *Jus Internationale et Europaeum*.

Diese Arbeit entstand als Teil des Forschungsprojektes „*Verwalten in Modernen Protektoraten II: Die EULEX-Mission der Europäischen Union im Kosovo*“, das vom Exzellenzcluster „*Kulturelle Grundlagen von Integration*“ der Universität Konstanz großzügig finanziert wurde. Dem Exzellenzcluster bin ich für die Ermöglichung meiner Forschungstätigkeit in Konstanz, die Unterstützung von unersetzbaren empirischen Forschungsaufenthalten vor Ort im Kosovo und in Brüssel sowie nicht zuletzt für die Übernahme der Lektorat- und Druckkosten zu Dank verpflichtet. An dieser Stelle gilt mein Dank auch all jenen Mitarbeitern der EULEX-Mission sowie den Vertretern der EU-Institutionen, die sich bereit erklärten, meine Fragen zur völkerrechtlichen Lage und tatsächlichen Umsetzung des Mandats der EULEX-Mission in der Praxis zu beantworten. Ohne diese Experteninterviews wären viele wertvolle Erkenntnisse für diese Arbeit nicht möglich gewesen.

Danken möchte ich außerdem meinen Freunden und ehemaligen Kollegen an der Universität Konstanz, die in vielfältiger Weise zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Besonders hervorheben möchte ich Dr. Stela Rjollji,

LL.M. Eur., die mich unter anderem im Kosovo begleitet und tatkräftig unterstützt hat, Dr. Julia Schieber, Sabine Gerber, Professor Dr. Marcel Kau, LL.M. (Georgetown), Dr. Julia Herzog-Schmidt, Dr. Cordelia Carlitz, Dr. Katharina Meyer, Dr. Danny Lau, Ieva Kamguia Mvé, M. A. sowie Audrius Paura, M. A.

Meinen Eltern, Dina Margaliké und Romualdas Vaičekauskas, und meinen Schwiegereltern, Anastasia und Charis Makris, möchte ich für jede Unterstützung danken, die sie mir haben zuteil werden lassen. Meiner Schwester, Monika Ernaitė, habe ich für ihr Zutrauen und ihre motivierenden Worte zu danken. Ganz herzlich danke ich auch all meinen Freunden in München, die mir mit ihrer Freundschaft beim Endspurt meiner Promotion zur Seite standen.

Mein allergrößter Dank gilt meinem Ehemann, Dr. Spyros Makris, LL.M. Ohne seinen kritischen juristischen Blick, seine gewissenhafte Lektüre und präzise Anmerkungen wäre diese Arbeit nicht zu dem geworden, was sie jetzt ist. Das unermüdete Wiederholen der Zeilen „Ο, τι αξίζει πονάει και είναι δύσκολο“ hat mir in den richtigen Momenten stets Motivation und Kraft für die lange währende Arbeit an der Dissertation gespendet. Ohne seine Unterstützung und seine Geduld wäre ich nicht weit gekommen. Ihm ist diese Arbeit in großer Dankbarkeit gewidmet.

Schließlich danke ich meiner einjährigen Tochter Tessa, dass sie da ist. Sie ist ein wichtiger Faktor dafür gewesen, dass ich die letzten Schritte dieser langen Reise geschafft habe.

München, im Juli 2020

Agnė Makris (geb. Vaičekauskaitė), LL.M.

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Einleitung	1
<i>A. Forschungsgegenstand und Fragestellung</i>	1
<i>B. Gang der Untersuchung</i>	4
<i>C. Quellen</i>	5
<i>D. Begrifflichkeiten</i>	6
<i>E. Staats- und Ortsnamen</i>	8
1. Teil: Die EULEX-Mission als Phänomen der Ausübung von Hoheitsgewalt durch die EU außerhalb ihrer Grenzen	11
<i>A. Historischer Hintergrund des Kosovokonflikts und Aufbau der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo</i>	11
I. Der Kosovokonflikt	11
II. Die Unterstellung des Kosovo unter UN-Verwaltung 1999 – UNMIK-Mission	17
III. Die Umstrukturierung der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo 2008 – die Einsetzung der EULEX-Mission	21
<i>B. Die EULEX-Mission: Das Mandat und seine Umsetzung in der Praxis</i>	30
I. Das Mandat der EULEX-Mission: Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP .	30
II. Die tatsächliche Umsetzung des Mandats: Handlungsformen der EULEX-Mission	50
<i>C. Ausübung von Hoheitsgewalt im Rahmen der EULEX-Mission</i>	138
I. Das Handeln von EU-Verwaltungsmissionen als Ausübung von Hoheitsgewalt	139
II. Das Handeln der EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt	143

III. Ergebnis zu C.: Die EULEX-Mission als Beispiel „extern ausgeübter Hoheitsgewalt der EU“	148
 2. Teil: Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens im Rahmen von Verwaltungsmissionen	149
<i>A. Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen</i>	149
I. Erforderlichkeit einer Kompetenzgrundlage	150
II. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlagen für die Entsendung von EU-Verwaltungsmissionen	154
III. Europarechtliche Kompetenzgrundlagen für die Entsendung von EU-Verwaltungsmissionen	209
<i>B. Rechtmäßigkeitsanforderungen für die Ausübung externer Hoheitsgewalt der EU im Rahmen von EU-Verwaltungsmissionen</i>	234
I. Völkerrechtliche Vorgaben für die Ausübung von Hoheitsgewalt	235
II. Europarechtliche Vorgaben für die Ausübung von Hoheitsgewalt	258
<i>C. Gesamtergebnis zum 2. Teil: Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens</i>	281
I. Vorhandensein von Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen	282
II. Rechtmäßigkeitsanforderungen für die Ausübung externer Hoheitsgewalt im Rahmen von EU-Verwaltungsmissionen	283
 3. Teil: Anwendung des herausgearbeiteten Maßstabs auf die EULEX-Mission	287
<i>A. Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung der EULEX-Mission</i>	287
I. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	287
II. Europarechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	312
<i>B. Rechtmäßigkeit des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission</i>	321
I. Rechtsgrundlagen für das hoheitliche Handeln der EULEX-Mission	321
II. Normative Verankerung der Pflicht zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Durchführung hoheitlicher Maßnahmen durch die EULEX-Mission	422
III. Rechtskontrolle des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	434
<i>C. Gesamtergebnis zum 3. Teil: Einhaltung der Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens durch die EULEX-Mission</i>	499
I. Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung der EULEX-Mission	499

II. Rechtmäßigkeit des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	507
Schlussfolgerung und Zusammenfassung	521
Literaturverzeichnis	523
Materialienverzeichnis	557
Sachverzeichnis	563

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Einleitung	1
<i>A. Forschungsgegenstand und Fragestellung</i>	1
<i>B. Gang der Untersuchung</i>	4
<i>C. Quellen</i>	5
<i>D. Begrifflichkeiten</i>	6
<i>E. Staats- und Ortsnamen</i>	8
1. Teil: Die EULEX-Mission als Phänomen der Ausübung von Hoheitsgewalt durch die EU außerhalb ihrer Grenzen	11
<i>A. Historischer Hintergrund des Kosovokonflikts und Aufbau der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo</i>	11
I. Der Kosovokonflikt	11
II. Die Unterstellung des Kosovo unter UN-Verwaltung 1999 – UNMIK-Mission	17
III. Die Umstrukturierung der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo 2008 – die Einsetzung der EULEX-Mission	21
1. Ursprüngliches Konzept: Von der UNMIK-Mission zur EULEX-Mission	21
2. <i>Reconfiguration</i> -Plan: Start für den EULEX-Einsatz	24
<i>B. Die EULEX-Mission: Das Mandat und seine Umsetzung in der Praxis</i>	30
I. Das Mandat der EULEX-Mission: Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP	30
1. Ziel der EULEX-Mission	30
2. Aufgaben und Handlungsformen der EULEX-Mission	31
3. Struktur der EULEX-Mission	33
a) Die Struktur der EULEX-Mission 2008–2012	34
aa) Missionsleiter	34

bb) Justizkomponente	34
cc) Polizeikomponente	38
dd) Zollkomponente	40
ee) Administrative Abteilungen	40
b) EULEX 2.0 – die strukturelle Organisation der Mission 2012–2014	41
aa) Missionsleiter	44
bb) <i>Executive Division</i>	44
cc) <i>Strengthening Division</i>	45
dd) Administrative Abteilungen	46
c) Die Struktur der EULEX-Mission 2014–2018	47
d) Die Struktur der EULEX-Mission seit 2018	47
II. Die tatsächliche Umsetzung des Mandats: Handlungsformen der EULEX-Mission	50
1. Grundlage der Analyse: Die EULEX-Mission 2008–2013	50
2. Beobachtung, Anleitung und Beratung: MMA-Tätigkeiten	51
a) Das programmatische Konzept	51
b) MMA-Tätigkeiten im Bereich Justiz	55
aa) Richterschaft	55
bb) Staatsanwaltschaft	60
cc) Gefängniswesen	62
dd) Berater im Justizministerium des Kosovo	64
c) Die MMA-Tätigkeiten im Bereich Polizei	66
d) Die MMA-Tätigkeiten im Bereich Zoll	72
3. Exekutivbefugnisse	75
a) Gefahrenabwehr	75
b) Strafverfolgung	79
aa) Kriegsverbrechen	80
bb) Terrorismus	84
cc) Menschen- und Organhandel	85
dd) Schleuserkriminalität	89
ee) Ethnisch motivierte Verbrechen	90
ff) Mordfälle	91
gg) Organisierte Kriminalität	93
hh) Finanzkriminalität, Korruption, Erpressung	95
ii) Andere Strafermittlungen	99
c) Rechtsmedizin – Vermisste Personen	100
d) Rechtsprechung	103
aa) Gerichtsorganisation im Kosovo	103
bb) Judikatur	105
(1) Strafsachen	107
(a) Kriegsverbrechen	107
(b) Terrorismus	111
(c) Menschen- und Organhandel	112
(d) Schleuserkriminalität	112

(e)	Interethnische Verbrechen	113
(f)	Körperverletzungs- und Morddelikte	115
(g)	Organisierte Kriminalität	118
(h)	Finanzkriminalität, Korruption	120
(2)	Zivilsachen	123
(a)	Eigentumsstreitigkeiten	123
(aa)	Spezielle Jurisdiktion bei Eigentumsansprüchen	124
(bb)	Verfahren vor ordentlichen Zivilgerichten	126
(b)	Privatisierungsangelegenheiten	128
e)	Strafvollzug	132
f)	Grenz- und Zollkontrolle	133
g)	Beglaubigung von Personenstandsurkunden	136
C.	<i>Ausübung von Hoheitsgewalt im Rahmen der EULEX-Mission</i>	138
I.	Das Handeln von EU-Verwaltungsmissionen als Ausübung von Hoheitsgewalt	139
1.	Merkmale der Ausübung von Hoheitsgewalt	140
2.	Rechtsdogmatische Einordnung des hoheitlichen Handelns von EU-Verwaltungsmissionen	142
a)	Keine supranationale Hoheitsgewalt der EU	142
b)	Neue Form des hoheitlichen EU-Handelns: „extern ausgeübte Hoheitsgewalt der EU“	142
II.	Das Handeln der EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt	143
1.	Die Wahrnehmung von MMA-Tätigkeiten durch die EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt?	143
2.	Die Wahrnehmung von Exekutivbefugnissen durch die EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt	144
a)	Die eigenständige Wahrnehmung von Exekutivbefugnissen durch die EULEX-Mission als Ausübung von Hoheitsgewalt	145
b)	Die Wahrnehmung von Exekutivbefugnissen durch die EULEX-Mission gemeinsam mit Institutionen des Kosovo als Ausübung von Hoheitsgewalt	146
III.	Ergebnis zu C.: Die EULEX-Mission als Beispiel „extern ausgeübter Hoheitsgewalt der EU“	148
2.	Teil: Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens im Rahmen von Verwaltungsmissionen	149
A.	<i>Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen</i>	149
I.	Erforderlichkeit einer Kompetenzgrundlage	150
1.	Erforderlichkeit einer völkerrechtlichen Kompetenzgrundlage	150
2.	Erforderlichkeit einer europarechtlichen Kompetenzgrundlage	153

II. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlagen für die Entsendung von EU-Verwaltungsmissionen	154
1. Konsensverwaltung der EU	155
a) Einwilligung durch den Territorialstaat als Rechtsgrundlage für die Errichtung einer EU-Konsensverwaltung	155
b) Besonderheiten im Fall der Einbeziehung der EU in eine UN-Konsensverwaltung	161
2. Zwangsverwaltung durch die EU	162
a) Mögliche Rechtsgrundlagen für die Errichtung einer EU-Zwangsverwaltung	163
aa) Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	164
bb) Art. 48 Abs. 2 UN-Charta	166
cc) Stellungnahme: Maßgeblichkeit des Art. 53 Abs. 1 UN-Charta .	167
b) Art. 53 Abs. 1 UN-Charta als Rechtsgrundlage	168
aa) Die EU als Regionalorganisation i. S. d. Kapitels VIII UN-Charta	169
(1) Das Merkmal der Regionalität	170
(2) „Abmachung“ oder „Einrichtung“	174
(3) Sicherheitspolitische Zielsetzung	176
(4) Vereinbarkeit mit den Zielen und Grundsätzen der UN	181
(5) Ergebnis zu aa)	182
bb) EU-Zwangsverwaltung als Zwangsmaßnahme i. S. d. Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	183
(1) Errichtung einer Territorialverwaltung als nach Art. 53 Abs. 1 UN-Charta zulässige Handlungsalternative	183
(2) Formen einer EU-Zwangsverwaltung i. S. d. Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	189
(a) Verwaltende Tätigkeiten der EU im Rahmen einer UN-Zwangsverwaltung, Art. 53 Abs. 1 S. 1 UN-Charta	190
(b) Selbstständige EU-Zwangsverwaltung, Art. 53 Abs. 1 S. 2, 1. HS UN-Charta	190
cc) Autorisierung des UN-Sicherheitsrates i. S. d. Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	191
(1) Formerfordernis: Resolution gemäß Art. 27 Abs. 3 UN-Charta	192
(2) Explizite oder implizite Autorisierung	194
(3) Die EU als Adressat der Autorisierung	195
(4) Zeitpunkt der Autorisierung: Vorherige und nachträgliche Autorisierung	196
(5) Feststellung der Friedensbedrohung gemäß Art. 39 UN-Charta durch den UN-Sicherheitsrat	201
(6) Effektive Kontrolle des EU-Verwaltungshandelns durch den UN-Sicherheitsrat	206
3. Ergebnis zu II.	208

III. Europarechtliche Kompetenzgrundlagen für die Entsendung von EU-Verwaltungsmissionen	209
1. Zulässigkeit von EU-Verwaltungsmissionen auf Drittterritorium	210
a) Zulässigkeit von zivilen, friedenskonsolidierenden GSVP-Missionen auf Drittterritorium	210
aa) Ansätze einer Sicherheits- und Friedenspolitik der EU	210
bb) Primärrechtliche Verankerung von „Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“, Art. 43 Abs. 1 S. 1 EUV	216
b) Zulässigkeit der Betrauung von GSVP-Missionen mit Exekutivbefugnissen	218
aa) Einsatzspektrum und mögliche Mandate ziviler GSVP-Missionen	218
(1) Polizeimissionen	219
(2) Rechtsstaatlichkeitsmissionen	220
(3) Missionen zur Stärkung der Zivilverwaltung	222
(4) Missionen zum Zivil- und Katastrophenschutz	223
(5) Beobachtermissionen	224
(6) Missionen zur Unterstützung der EU-Sonderbeauftragten	224
bb) Einordnung von EU-Verwaltungsmissionen	224
c) Zulässigkeit der Errichtung von EU-Verwaltungsmissionen als eine Komponente innerhalb einer UN-Territorialverwaltung	227
2. Erforderlicher Rechtsakt: Beschluss i. S. d. Art. 43 Abs. 2 i. V. m. Art. 28 EUV	229
a) Beschlussfassung und Verfahren	230
b) Materielle Anforderungen	231
3. Ergebnis zu III.	233
<i>B. Rechtmäßigkeitsanforderungen für die Ausübung externer Hoheitsgewalt der EU im Rahmen von EU-Verwaltungsmissionen</i>	<i>234</i>
I. Völkerrechtliche Vorgaben für die Ausübung von Hoheitsgewalt	235
1. <i>De lege lata</i> : Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	235
a) Allgemeine Grundsätze in Hinblick auf die Ausübung von Hoheitsgewalt	236
aa) Rechtssatz zur rechtlichen Begrenzung der Hoheitsgewalt	236
(1) Internationale Menschenrechtsgarantien	236
(2) Praxis staatsähnlich handelnder Völkerrechtsregime	237
(a) Kriegerische Besatzung und Treuhandverwaltung	237
(b) Ausübung internationaler Strafgewalt durch Straftribunale	238
(c) Strafrechtliche Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates zur Terrorismusbekämpfung	241
(3) Ergebnis zu aa)	241

bb)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	242
cc)	Rechtssatz zur rechtlichen Überprüfbarkeit von Hoheitsgewalt	243
(1)	Der völkerrechtliche Grundsatz <i>Rule of Law</i>	243
(a)	Schaffung von Kontrollverfahren zur Überprüfung der Einhaltung des Rechts.	243
(b)	Bereitstellung von Rechtsschutzmechanismen zur Sicherstellung materieller Menschenrechtsgarantien	244
(2)	Praxis staatsähnlich handelnder Völkerrechtsregime	246
(3)	Ergebnis zu cc).	247
b)	Anwendung auf EU-Verwaltungsmissionen	247
2.	<i>De lege ferenda</i> : Völkervertragsrecht – EMRK	249
a)	Völkervertragsrechtliche Bindung der EU an die EMRK: Rechtslage vor und nach dem Beitritt der EU zur EMRK	250
b)	Vorgaben aus der EMRK an hoheitliches Handeln.	251
c)	Anwendbarkeit der EMRK auf das hoheitliche Handeln von EU-Verwaltungsmissionen	254
aa)	Begriff der Hoheitsgewalt i. S. d. Art. 1 EMRK	254
bb)	Qualifizierung des EU-Verwaltungshandelns als Hoheitsgewalt i. S. d. Art. 1 EMRK	256
d)	Ergebnis zu 2.	257
3.	Ergebnis zu I.	258
II.	Europarechtliche Vorgaben für die Ausübung von Hoheitsgewalt.	258
1.	Das Rechtsstaatsprinzip und der Menschenrechtsschutz.	259
2.	Bindung der EU an das Rechtsstaatsprinzip und die EU-Grundrechte im Rahmen der GSVP	261
3.	Rechtsstaatliche und menschenrechtliche Anforderungen an die Ausübung hoheitlichen Handelns	263
a)	Rechtsgrundlagen für hoheitliche Maßnahmen: Rechtssatzvorbehalt, Bestimmtheitsgrundsatz und Bekanntgabeerfordernis	264
b)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	267
c)	Rechtskontrolle	269
aa)	Rechtsschutz	269
(1)	Unionsgrundrecht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz	269
(2)	Ausdehnung des Individualrechtsschutzes auf das individualgerichtete Handeln der EU	271
(a)	(Begrenzter) Rechtsschutz gegen GASP/ GSVP-Maßnahmen, Art. 275 Abs. 2 2. Alt. EUV	271
(b)	Rechtsschutz gegen Handlungen sonstiger EU-Stellen, Art. 263 Abs. 1 S. 2 AEUV	276
(3)	Ergebnis zu aa).	277
bb)	Interne Rechtskontrolle: Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	278
d)	Anwendung auf EU-Verwaltungsmissionen	280

4. Ergebnis zu II.	281
C. <i>Gesamtergebnis zum 2. Teil: Standards rechtmäßigen EU-Verwaltens</i>	281
I. Vorhandensein von Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen	282
1. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen	282
2. Europarechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung von EU-Verwaltungsmissionen	282
II. Rechtmäßigkeitsanforderungen für die Ausübung externer Hoheitsgewalt im Rahmen von EU-Verwaltungsmissionen	283
1. Vorhandensein ausreichender Rechtsgrundlagen für hoheitliche Maßnahmen von EU-Verwaltungsmissionen	283
2. Verpflichtung zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Durchführung hoheitlicher Maßnahmen durch EU-Verwaltungsmissionen	284
3. Gewährleistung einer effektiven Rechtskontrolle hoheitlichen Handelns von EU-Verwaltungsmissionen	285
 3. Teil: Anwendung des herausgearbeiteten Maßstabs auf die EULEX-Mission	 287
A. <i>Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung der EULEX-Mission</i>	287
I. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	287
1. Die EULEX-Mission als Konsensverwaltung?	288
a) Die Einladung durch das Kosovo als völkerrechtliche Kompetenzgrundlage	288
b) Völkerrechtliche Wirksamkeit der Einladung durch das Kosovo	289
aa) Staatsqualität des Kosovo	289
(1) Drei Elemente der Staatlichkeit	289
(2) Resolution 1244 (1999)	291
(3) Anerkennung durch andere Staaten	291
(4) Gutachten des Internationalen Gerichtshofs	292
bb) Rechtsverhältnis zwischen der EU und dem Kosovo	293
(1) Unterschiedliche Positionen der EU-Mitgliedstaaten	293
(2) Nichtanerkennung des Kosovo durch die EU	295
c) Ergebnis zu 1.	296
2. Die EULEX-Mission als Zwangsverwaltung	296
a) Die EULEX-Mission als Bestandteil der UNMIK-Verwaltung oder als eigenständige EU-Verwaltungsmission?	297
b) Die Autorisierung der EULEX-Mission als eigenständige Verwaltungsmission durch den UN-Sicherheitsrat – Art. 53 Abs. 1 S. 2, 1. HS UN-Charta	301

aa)	Die Resolution 1244 (1999) als formelle Ermächtigungsgrundlage	301
bb)	Feststellung einer Friedensbedrohung i. S. d. Art. 39 UN-Charta	301
cc)	Die EU als Adressat der konkludenten, nachträglichen Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates zur Errichtung der EULEX-Mission	302
(1)	Die EU als „zuständige internationale Organisation“ i. S. d. § 10 der Resolution 1244 (1999)	303
(2)	Die EULEX-Mission als „internationale zivile Präsenz“ i. S. d. § 10 der Resolution 1244 (1999)	303
(a)	„Internationale zivile Präsenz“ – ursprüngliche Deutung	303
(b)	„Internationale zivile Präsenz“ – dynamisch-evolutive Auslegung	305
(aa)	Kompetenz des UN-Sicherheitsrates zur authentischen Interpretation der Resolution 1244 (1999)	305
(bb)	Auslegung in Form der Präsidentiellen Erklärung des UN-Sicherheitsrates vom 26. November 2008 (S/PRST/2008/44)	308
3.	Ergebnis zu I.	311
II.	Europarechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	312
1.	Formelle Rechtmäßigkeit der EULEX-Mission	312
2.	Materielle Rechtmäßigkeit der EULEX-Mission	313
a)	Ziel	313
b)	Mandat	313
c)	Territoriales Tätigkeitsfeld	314
d)	Personelle und finanzielle Mittel	314
e)	Laufzeit	316
f)	Bedingungen – Einordnung der EULEX-Mission in den völkerrechtlichen Rahmen	316
aa)	Vorbereitungsschritte	316
bb)	Keine Bezugnahme auf die tatsächliche völkerrechtliche Rechtsgrundlage des EULEX-Einsatzes	317
cc)	Wortlaut der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP im Widerspruch zum völkerrechtlichen Mandat der EULEX-Mission	319
3.	Ergebnis zu II.	321
B.	<i>Rechtmäßigkeit des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission</i>	321
I.	Rechtsgrundlagen für das hoheitliche Handeln der EULEX-Mission	321
1.	Das Mandat der EULEX-Mission	322
a)	Völkerrechtliches Mandat: Resolution 1244 (1999) i. V. m. der Präsidentiellen Erklärung des UN-Sicherheitsrates vom 26. November 2008 (S/PRST/2008/44)	322

aa)	Innenrecht	322
	(1) Vorgaben an die interne Funktionsweise der EULEX-Mission	323
	(2) Vorgaben betreffend die parallele Präsenz von UNMIK- und EULEX-Mission	323
	(a) Kompetenzverteilung	323
	(b) Zusammenarbeit	325
	(c) Letztkontrolle durch die UN	326
bb)	Außenrecht: Materielle Vorgaben der Resolution 1244 (1999) ..	326
	(1) Friedenssicherung	327
	(2) Menschenrechtsschutz	328
	(3) „Statusneutralität“	329
cc)	Ergebnis zu a)	331
b)	Europarechtliches Mandat: Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP ..	332
aa)	Innenrecht: Vorgaben für die Organisation und Funktionsweise der EULEX-Mission	332
	(1) Struktur	332
	(2) Leitung der EULEX-Mission	334
	(3) Ausübung des EULEX-Mandats	335
	(a) Aufgaben und Zuständigkeitsverteilung	335
	(b) Exekutivbefugnisse	338
	(4) Verfahrensrechtliche Organisation	340
	(a) Ausübung der Befugnisse der Leitung der EULEX-Mission	340
	(b) Informationsaustausch mit relevanten Akteuren	340
	(c) Berichterstattungsverfahren	341
	(d) Disziplinarverfahren	342
bb)	Außenrecht: Vorgaben für hoheitliche Maßnahmen der EULEX-Mission gegenüber Einzelnen	344
	(1) Ausübung der Polizeigewalt	344
	(2) Durchführung von Strafermittlungen	345
	(3) Überwachung des grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehrs	346
	(4) Ausübung der rechtsprechenden Gewalt	346
	(a) Wahl und Ernennung der EULEX-Richter	347
	(b) Zuständigkeit der EULEX-Richter	349
	(c) Garantien gegen äußeren Einfluss	350
	(d) Disziplinarverfahren	351
cc)	Ergebnis zu b)	352
2.	Anderweitiges Recht	353
a)	Völkerrecht	354
aa)	Völkerrechtlich geltende Menschenrechte als konkrete Maßstäbe für das EULEX-Verwaltungshandeln	354

(1) <i>De lege lata</i> : Völkergewohnheitsrechtliche Mindeststandards des Individualschutzes	354
(2) <i>De lege ferenda</i> : EMRK-Menschenrechte	356
bb) Andere völkergewohnheitsrechtliche Regelungen für die Ausübung von Hoheitsgewalt	358
(1) Anwendbarkeit von Regeln des humanitären Völkerrechts und des Treuhandsystems	358
(2) Selbstbestimmungsrecht	360
b) Europarecht	361
aa) Primäres EU-Recht: Unionsgrundrechte	361
(1) Begründung der Bindung der EULEX-Mission an Unionsgrundrechte	361
(2) Rechtsfolge der Unionsgrundrechtsbindung	362
(a) Primärrechtskonforme Auslegung des Art. 3 lit. i der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP.	362
(b) Konkrete Unionsgrundrechte als Maßstäbe für hoheitliches Handeln der EULEX-Mission	362
bb) Sekundäres EU-Recht und darauf beruhende Konzeptdokumente	364
(1) EU-Konzeptdokumente betreffend den Aufgabenbereich und die Organisation von EU-Verwaltungsmissionen	365
(a) Aufgaben	365
(aa) Polizei	365
(bb) Justiz	367
(cc) Zivilverwaltung, einschließlich Zoll	368
(b) Überprüfung der Aufgabenerfüllung – <i>Benchmarking</i> -Verfahren	369
(c) Weisungs- und Kontrollstrukturen	369
(d) Zusammenarbeit mit anderen Akteuren	370
(2) EU-Konzeptdokumente betreffend das außengerichtete Handeln von EU-Verwaltungsmissionen	371
(a) Leitlinien für polizeiliches Handeln	371
(aa) Europäischer Kodex der Polizeiethik	371
(bb) Regeln zur Anwendung polizeilicher Gewalt	374
(b) Leitlinien für justizielles Handeln	376
(c) Leitlinien für gute Verwaltung	378
(3) Rechtsverbindlichkeit der EU-Konzeptdokumente für die EULEX-Mission	379
(4) Ergebnis zu bb)	380
c) Lokales Recht: Das im Kosovo geltende Recht	380
aa) Kosovarische Gesetze als Ermächtigungsgrundlagen für das hoheitliche Handeln der EULEX-Mission	381
(1) Justiz	381
(a) Staatsanwaltschaft	382

(aa) Zuständigkeit von EULEX-Staatsanwälten	382
(bb) Personelle Zusammensetzung der SPRK-Sonderstaatsanwaltschaft	385
(cc) Strafverfolgungsbefugnisse	386
(b) Rechtsprechung	386
(aa) Zuständigkeit der EULEX-Richter in Straf- und Zivilsachen	386
(bb) Zusammensetzung der Spruchkörper	390
(2) Polizei und Strafvollzug	393
(3) Zoll	394
bb) Rechtsverbindlichkeit kosovarischer Gesetze für die EULEX-Mission	395
(1) Das tatsächlich im Kosovo geltende Recht	396
(a) Geltendes Recht: Juni 1999–Februar 2008	396
(b) Geltendes Recht seit Februar 2008: <i>de facto</i> -Koexistenz zweier Rechtssysteme	399
(2) Rechtsdogmatische Fassung des geltenden Rechts	403
(a) Weitergeltung der von der UNMIK-Mission geschaffenen Rechtsordnung des Kosovo	403
(b) Zulässigkeit eigenständiger kosovarischer Rechtssetzung?	403
(3) Rechtspraktische Wirklichkeit	404
(a) Faktische Handlungsunfähigkeit der UN	405
(b) Auswirkung auf die Geltungskraft kosovarischer Gesetze	409
(aa) „Normative Kraft des Faktischen“	409
(bb) Rechtlicher Status kosovarischer Gesetze	411
(4) Ergebnis zu bb): Bindung der EULEX-Mission an kosovarische Gesetze als sog. „vom SRSG konkludent gebilligtes Recht“	416
d) Interne Vorschriften der EULEX-Mission im Bereich Justiz	417
aa) Richtlinien des EULEX-Richterrates	417
(1) Organisatorische Richtlinien	418
(2) Richtlinien zur Geschäftsverteilung	418
bb) Rechtliche Qualität der Erlasse des EULEX-Richterrates	421
II. Normative Verankerung der Pflicht zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Durchführung hoheitlicher Maßnahmen durch die EULEX-Mission	422
1. Das Mandat der EULEX-Mission	422
a) Das völkerrechtliche Mandat der EULEX-Mission	422
b) Das europarechtliche Mandat der EULEX-Mission	422
2. Andere Rechtsquellen	423
a) EGRC- sowie EMRK-Menschenrechte	423
b) EU-Konzeptdokumente	428

c)	Lokale Rechtsgrundlagen	429
aa)	Kosovarischer Polizeigesetz	429
bb)	Der kosovarische Strafprozesskodex	431
3.	Ergebnis zu II.	434
III.	Rechtskontrolle des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	434
1.	Kontrollverfahren zur Überwachung der Einhaltung rechtlicher Vorgaben durch die EULEX-Mission	435
a)	EULEX-interne Kontrollverfahren	435
aa)	Kontrolle innerhalb der EULEX-Mission	435
(1)	<i>Benchmarking</i> -Verfahren	435
(2)	<i>Human Rights and Gender Office</i>	436
(3)	Spezielles Verfahren bei besonders schweren Straftaten	438
bb)	Berichte der EULEX-Mission	439
(1)	Berichtspflicht des EULEX-Missionsleiters	439
(2)	Berichtspflicht des Zivilen Operationskommandeurs	440
(3)	Berichte an den Rat der EU	442
b)	Externe Kontrollverfahren	443
aa)	Berichte des Hohen Vertreters der EU für GASP über die Tätigkeit der EULEX-Mission an die UN	443
bb)	Überprüfung des EULEX-Handelns durch die Organe der EU	445
(1)	Berichte des Rates der EU an das EU-Parlament	445
(2)	Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs	447
2.	Rechtsschutzmechanismen gegen hoheitliche Maßnahmen der EULEX-Mission	449
a)	Gerichtliche Rechtsbehelfe	449
aa)	EuGH	449
(1)	Grundsätzliche Unzuständigkeit des EuGH	449
(2)	Anwendbarkeit von Art. 275 Abs. 2 2. Alt. AEUV auf die EULEX-Mission	450
(a)	EULEX-Hoheitsakte als restriktive Maßnahmen	450
(b)	Zulässigkeit der Individualnichtigkeitsklage nach Art. 263 Abs. 4 AEUV	452
(aa)	Nichtigkeitsklage gegen die Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP	453
(bb)	Nichtigkeitsklage gegen EULEX-Hoheitsakte	453
(3)	Ergebnis zu aa)	457
bb)	EGMR	457
(1)	Zuständigkeit <i>ratione loci</i> : EULEX-Verwaltungshandeln als Ausübung von Hoheitsgewalt i. S. d. Art. 1 EMRK	458
(2)	Zuständigkeit <i>ratione personae</i>	460
(a)	Völkerrechtliche Verantwortlichkeit für individuelles EULEX-Fehlverhalten	461
(aa)	Zurechenbarkeit des Fehlverhaltens von sog. kontraktierten EULEX-Mitarbeitern	462

(bb) Zurechenbarkeit des Fehlverhaltens von sog. sekundierten EULEX-Mitarbeitern	463
(cc) Zwischenergebnis	469
(b) Folge bezüglich der Zuständigkeit des EGMR.	469
(3) Zuständigkeit <i>ratione temporis</i>	470
(4) Zuständigkeit <i>ratione materiae</i>	470
(5) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzung: Rechtswegerschöpfung	470
(6) Ergebnis zu bb)	472
cc) Menschenrechtsausschuss (IPbPR)	473
dd) Gerichte der beitragenden Staaten	474
(1) Frage der Zuständigkeit	475
(2) Wirksamer Zugang zu Gericht	477
(3) Ergebnis zu dd)	479
ee) Gerichte im Kosovo	480
(1) Die Immunität der EULEX-Mission und ihres Personals ...	480
(a) <i>Executive decision</i> des SRSG vom 9. Dezember 2008	480
(b) Das kosovarische <i>Law on the Status, Immunities</i> <i>and Privileges</i> vom 20. Februar 2008	482
(2) Vereinbarkeit des Ausschlusses des Rechtswegs mit dem Recht auf Zugang zu Gericht	484
b) Außergerichtliche Rechtsbehelfe	486
aa) <i>Human Rights Review Panel</i> (HRRP) – die EULEX-Mission ..	486
(1) Zuständigkeit des HRRP	487
(2) Effektivität des Rechtsschutzes	488
(a) Unabhängigkeit des HRRP	490
(b) Substanzielle inhaltliche Prüfung der Rüge durch das HRRP	491
(c) Gewährung rechtlichen Gehörs im Verfahren vor dem HRRP	492
(d) Rechtswirkung der Entscheidungen des HRRP	493
(3) Ergebnis zu aa)	495
bb) <i>Human Rights Advisory Panel</i> (HRAP) – die UNMIK-Mission	496
cc) Ombudsmann-Institution im Kosovo	497
dd) Europäischer Bürgerbeauftragter	498
C. <i>Gesamtergebnis zum 3. Teil: Einhaltung der Standards</i> <i>rechtmäßigen EU-Verwaltens durch die EULEX-Mission</i>	499
I. Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung der EULEX-Mission	499
1. Völkerrechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	499
2. Europarechtliche Kompetenzgrundlage für die Einsetzung der EULEX-Mission	502
II. Rechtmäßigkeit des hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	507

1. Vorhandensein einer ausreichenden Rechtsgrundlage für hoheitliches Handeln der EULEX-Mission	507
a) Untersuchte Rechtsquellen	507
b) Innenrecht: Vorgaben für die Errichtung und Funktionsweise der EULEX-Mission	508
c) Außenrecht: Vorgaben für hoheitliche Maßnahmen der EULEX-Mission gegenüber Einzelnen	511
2. Normative Verankerung der Pflicht zur Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Durchführung hoheitlicher Maßnahmen durch die EULEX-Mission	514
3. Gewährleistung einer effektiven Rechtskontrolle hoheitlichen Handelns der EULEX-Mission	515
a) Kontrollverfahren zur Überwachung der Einhaltung rechtlicher Vorgaben durch die EULEX-Mission	516
b) Rechtsschutzmechanismen gegen hoheitliche Maßnahmen der EULEX-Mission	516
 Schlussfolgerung und Zusammenfassung	 521
 Literaturverzeichnis	 523
Materialienverzeichnis	557
Sachverzeichnis	563

Abkürzungsverzeichnis

ABI. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
AEJ	EULEX-Richterrat (Assembly of the EULEX Judges)
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AI	Amnesty International
AJIL	American Journal of International Law
Anm.	Anmerkung
AnwBL	Anwaltsblatt
A/RES/...	Resolution der UN-Generalversammlung
Art.	Artikel
AU	Organisation für Afrikanische Einheit (African Union, früher: Organisation of African Unity, siehe: OAU)
AVR	Archiv des Völkerrechts
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BiH	Bosnien-Herzegowina
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise
Chic.-Kent L. Rev	Chicago-Kent Law Review
Chinese JIL	Chinese Journal of International Law
CIVCOM	Ausschuss für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung (Committee for Civilian Aspects of Crisis Management) – Beratungsorgan des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU (siehe: PSK)
CMPD	Direktion Krisenbewältigung und Planung (Crisis Management and Planning Directorate) – Abteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union
CoE	Europarat (Council of Europe)
CONOPS	Operationskonzept (Concept of Operation)
Cornell Int'l L. J.	The Cornell International Law Journal
CPCC	Ziviler Planungs- und Durchführungsstab (Civilian Planning and Conduct Capability) – Abteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (siehe: EAD)
CRA	Civil Registration Agency – zentrales Standesamt im Kosovo
CSO	zivile strategische Option (Civilian Strategic Option)

ders.	derselbe
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V.
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe
DPKO	Abteilung für Friedenssicherungseinsätze innerhalb des UN-Generalsekretariats (Department of Peacekeeping Operations)
DVBL	Deutsches Verwaltungsblatt
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst – auswärtiger und diplomatischer Dienst der EU (auch: EEAS)
ECOWAS	Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States)
EEA	Einheitliche Europäische Akte vom 17./18. Februar 1986
EEAS	European External Action Service (auch: EAD)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 12. Dezember 2007
EJIL	European Journal of International Law
EJL	European Law Journal
etc.	et cetera
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950
Entwurf der EU-Beitrittsüber-einkunft	Entwurf einer Übereinkunft zum Beitritt der EU zur EMRK vom 5. April 2013 (Draft revised agreement on the accession of the European Union to the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms)
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
ESR	European Security Review
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Zeitschrift Europäische Grundrechte
EUISS	Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien (European Union Institut for Security Studies)
EULEX/ EULEX-Mission	Rechtsstaatlichkeitsmissionen der Europäischen Union im Kosovo
EULEX OCIU	EULEX Organised Crime Investigation Unit – Ermittlungseinheit der EULEX-Mission gegen organisierte Kriminalität
EULEX WCIU	EULEX War Crimes Investigation Unit – Ermittlungseinheit der EULEX-Mission gegen Kriegsverbrechen
EUPM	EU-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina (European Union Police Mission in Bosnia and Herzegovina)
EuR	Zeitschrift Europarecht
EuRH	Europäischer Rechnungshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgend
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	fortfolgend
FS	Festschrift

FW	Die Friedens-Warte – Journal of International Peace and Organization
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union
Genfer Abkommen	vier Genfer Konventionen vom 12. August 1949
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
Global Governance	Zeitschrift Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations
HS	Halbsatz
HJIL	Houston Journal of International Law
HKLO	Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907
h. M.	herrschende Meinung
HRGO	Human Rights and Gender Office (nunmehr: Human Rights and Legal Office, siehe HRLO) – strukturelle Einheit der EULEX-Mission
HRAP	Human Rights Advisory Panel – Einrichtung der UNMIK-Mission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen
HRRP	Human Rights Review Panel – Einrichtung der EULEX-Mission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
HuV	Zeitschrift Humanitäres Völkerrecht
ICJ	International Court of Justice (auch: IGH)
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
ICTR	Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda (International Criminal Tribunal for Rwanda)
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia)
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
IGH	Internationaler Gerichtshof (auch: ICJ)
ILA	International Law Association
ILC	UN-Völkerrechtskommission (International Law Commission)
(IMI) – „AUSDRUCK“	Zeitschrift der Informationsstelle Militarisierung – „AUSDRUCK“
Integration	Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration
IP	Zeitschrift Internationale Politik
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966
IRRC	Int'l Review of the Red Cross
i. S. d.	im Sinne der (des)
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
i. V. m.	in Verbindung mit
JIP	Journal of International Peacekeeping

JOR	Jahrbuch für Ostrecht
JRCB	Gemeinsamer Koordinierungsausschuss im Bereich der Rechtsstaatlichkeit (Joint Rule of Law Coordination Board) – institutionelles Forum für die Umsetzung des MMA-Mandats der EULEX-Mission
JZ	Juristenzeitung
KCCP	Strafprozessordnung des Kosovo (Kosovo Code of Criminal Procedure)
KFOR	Kosovo-Truppe – multinationale militärische Formation unter der Leitung der NATO (Kosovo Force)
KJC	kosovarischer Richterrat (Kosovo Judicial Council)
KP	kosovarische Polizei
KPA	Eigentumsagentur des Kosovo (Kosovo Property Agency)
KPC	Rat der kosovarischen Staatsanwaltschaft (Kosovo Prosecutorial Council)
KPCC/KPCC-Kommission	gerichtsähnliche Behörde für Eigentumsansprüche im Kosovo (Kosovo Property Claims Commission)
KPFA	Kuratorium der Polizei-Führungsakademie
KSC	Sicherheitsrat des Kosovo (Kosovo Security Council)
KTA	Treuhandagentur für das Kosovo (Kosovo Trust Agency)
LG	Landgericht
lit.	littera (Buchstabe)
MICT	Internationaler Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (International Residual Mechanism for Criminal Tribunals) – Folgemechanismus von ICTR und ICTY seit 2012 bzw. 2013
MIP	Implementierungsplan der Mission (Mission Implementation)
MMA	Beobachtung, Anleitung, Beratung – sog. MMA-Tätigkeiten (Monitoring, Mentoring, Advising)
MPUNYB	Max Planck Yearbook of United Nations Law
MRA	Menschenrechtsausschuss des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte IPbPr (Human Rights Committee)
MRM	Menschenrechtsmagazin
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NATO	Organisation des Nordatlantikvertrags (North Atlantic Treaty Organization)
NGO	Nichtregierungsorganisation (Non-Governmental Organization)
NJIL	Nordic Journal of International Law
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NMI	North Mitrovicë/a Initiative – spezielle Ermittlungseinheit in Nord-Mitrovicë/a, später umbenannt in Task Force of Mitrovicë/a (siehe: TFM)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
NZZ	Neue Züricher Zeitung
OAU	Organisation für Afrikanische Einheit (Organisation of African Unity, nunmehr: African Union, siehe: AU)
OIC	Organisation für Islamische Zusammenarbeit (Organization of the Islamic Conference)

OMIK	Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (siehe: OSCE) im Kosovo (OSCE Mission in Kosovo)
OPLAN	Operationsplan (Operation Plan)
OSZE/OSCE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Organization for Security and Co-operation in Europe)
ÖMZ	Österreichische Militärische Zeitschrift
PAEJ	Präsident des EULEX-Richterrates (President of the Assembly of EULEX Judges)
PDU	Zeitschrift „Pace diritti umani“
PED	Police Executive Department – strukturelle Einheit der Polizeikomponente der EULEX-Mission
PISG	Provisional Institutions of Self-Government – kosovarische Selbstverwaltungsinstitutionen unter der UNMIK-Mission
POEs	publicly owned enterprises – Eigentumsart des öffentlichen Vermögens
PSD	Police Strengthening Department – strukturelle Einheit der Polizeikomponente der EULEX-Mission
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee der Europäischen Union
Rd.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
R2P	The Responsibility to Protect – völkerrechtliches Konzept zur Schutzverantwortung der Weltgemeinschaft bei schweren Menschenrechtsverletzungen
S.	Satz/Seite
SCSC/SCSC- Sonderkammer	Sonderkammer des Obersten Gerichtshofs des Kosovo für Klagen bezüglich der Privatisierung öffentlichen Eigentums im Kosovo (Special Chamber of the Supreme Court on Kosovo Trust Agency Related Matters)
SCSL	Sondergerichtshof für Sierra Leone (Special Court for Sierra Leone)
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SITF	Special Investigative Task Force – spezielle Ermittlungseinheit im Rahmen der SPRK-Sonderstaatsanwaltschaft (siehe: SPRK) der EULEX-Mission
Slg.	Sammlung der Entscheidungen des entsprechenden Gerichts (EuGH, EGMR)
SOEs	socially owned enterprises – Eigentumsart des öffentlichen Vermögens
SOFA	Status of Forces Agreement – Vereinbarung zur Stationierung von Truppen
sog.	sogenannt
SOMA	Status of Mission Agreement – Vereinbarung zur Stationierung einer Mission
SPD	Special Police Department – strukturelle Einheit der Polizeikomponente der EULEX-Mission
SPRK	Sonderstaatsanwaltschaft im Kosovo (Special Prosecution Office of the Republic of Kosovo)

SPRK-Sonderstaats-anwaltschaftsG	Erlass des Parlaments des Kosovo vom 13. März 2008 (Law on the Special Prosecution Office of the Republic of Kosovo)
S/RES/...	Resolution des UN-Sicherheitsrates
SRSG	Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs als Leiter der UNMIK-Mission (Special Representative of the Secretary-General)
STL	Sondertribunal für den Libanon (Special Tribunal for Lebanon)
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SZ	Süddeutsche Zeitung
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
TFM	Task Force of Mitrovicë/a – spezielle Ermittlungseinheit in Nord-Mitrovicë/a, früher: North Mitrovicë/a Initiative (siehe: NMI)
u. a.	unter anderem
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
UN-Charta	Satzung der Vereinten Nationen
UNHCR	Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (United Nations High Commissioner for Refugees)
UNMIK/UNMIK-Mission	Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo)
UNMIK/REG/...	UNMIK-Verordnung (UNMIK Regulation) – Rechtssetzungsakt der UNMIK-Mission
UNMIK/AD/...	Administrative Direction – Erlass des SRSG zur Umsetzung von UNMIK-Verordnungen
UNMIK/ED/...	Executive Decision – Einzelfallentscheidung des SRSG
UNODOC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime)
u. U.	unter Umständen
v.	vom
vgl.	vergleiche
VN	Zeitschrift Vereinte Nationen
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZIF	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze
Ziff.	Ziffer
ZP	Zusatzprotokoll
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZuständigkeitsG	Erlass des Parlaments des Kosovo vom 13. März 2008 (Law on the Jurisdiction, Case Selection and Case Allocation of EULEX Judges and Prosecutors)
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft: Archiv für internationales Wirtschaftsrecht

Einleitung

Im Namen der Friedenssicherung, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit entsenden internationale Organisationen Verwaltungsmissionen in Konfliktregionen, die – zumindest für einen Übergangszeitraum – hoheitliche Aufgaben wahrnehmen und hierdurch den Territorialstaat ganz oder teilweise ersetzen. Seit Anfang der 2000er Jahre ist auch die EU in diesem Bereich verstärkt tätig. Die an entsprechende EU-Missionen in sog. „modernen Protektoraten“¹ zu stellenden Rechtmäßigkeitsanforderungen sollen im Rahmen der vorliegenden Arbeit anhand der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, der sog. EULEX-Mission, untersucht werden.

A. Forschungsgegenstand und Fragestellung

Die zentrale Fragestellung im Zusammenhang mit internationalen Territorialverwaltungen ist die der Legitimation entsprechender Einsätze im weiten Sinn.

Die Legitimationsfrage stellt sich zunächst auf der Ebene der rechtlichen Kompetenzgrundlagen für die Entsendung einer Verwaltungsmission auf Drittterritorium. Mit anderen Worten geht es zunächst um die Frage, ob und bejahendenfalls unter welchen rechtlichen Voraussetzungen eine internationale Organisation oder ein sonstiges Völkerrechtssubjekt befugt ist, hoheitliche Aufgaben auf Drittgebieten zu übernehmen.

In einem zweiten Schritt stellt sich die Legitimationsfrage auf der Ebene der rechtlichen Rahmenbedingungen für das eigentliche Handeln einer bereits

¹ *Salaman*, Democratic Governance, S. 15 ff.; *Ruffert*, ICLQ 50 (2001), 613 (628); vgl. auch *Heintze*, in: Epping/Heintze (Hrsg.), Staatlichkeit, 11 (19); *Wählisch*, in: Tomuschat (Hrsg.), Weltordnungsmodelle, 163 ff.; *Pula*, in: Atasoy (Hrsg.), Transformations, 227 (238); *Kondoch*, in: White/Klaasen (Hrsg.), Post-conflict situations, 19 (24); *Oeter*, in: Fischer/Froissart/Heinegg (Hrsg.), Krisensicherung, 427 (428); *Clewing/Reuter*, in: Clewing/Reuter (Hrsg.), Kosovo-Konflikt, 9 (12); *Cadier*, Transatlantic Security Paper (June 2011), 1 (5); *Richter*, Südosteuropa 59 (2011), 448 (451), spricht bei der EULEX-Mission von der „Protektoratsmacht“. Kritisch zur Verwendung des Wortes „Protektorat“ in dem Kontext von Friedenssicherungsmissionen siehe *Smyrek*, Internationally Administered Territories, S. 27; *Stahn*, International Territorial Administration, S. 46 ff.; *Brabandere*, Post-conflict Administrations, S. 80; *Tielsch*, UN-Verwaltung, S. 82 f.; *Zeh*, Übergangsrecht, S. 94 f. Zu der im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten Figur des „Protektorats“ *Hennes*, Hoheitsgewalt, S. 60 ff.; *Preuß*, IP 17 (2007), 32 (35 f.).

auf Drittterritorium eingesetzten Übergangsverwaltung. Hierbei geht es im Wesentlichen um die Frage, wie die Verwaltungsmission die ihr übertragenen Aufgaben im Einsatzgebiet wahrzunehmen hat bzw. an welche rechtlichen Vorgaben sie dabei gebunden ist.

Bezogen auf EU-Verwaltungsmissionen stellt sich die Legitimationsfrage ebenfalls zunächst auf der Ebene der Kompetenzgrundlagen. Ist die EU als Rechtsgemeinschaft *sui generis* und zugleich als Teil des Völkerrechtssystems dazu befugt, staatliche Aufgaben auf Drittgebieten zu übernehmen, und falls ja, unter welchen rechtlichen Bedingungen? Auf einer zweiten Ebene stellt sich dann die Frage nach den rechtlichen Rahmenbedingungen für das eigentliche Handeln der EU vor Ort. An welchen rechtlichen Vorgaben ist eine EU-Verwaltungsmission im Einsatzgebiet gebunden bzw. welchen rechtlichen Standards muss sie genügen?

Überzeugende Antworten auf beide Fragen bereitzustellen ist von zentraler Bedeutung für die Glaubwürdigkeit friedenssichernden Handelns der EU, nicht zuletzt auch aus Sicht der den – im Regelfall – umfangreichen Befugnissen der EU-Verwaltungsmissionen unterworfenen Bevölkerung im verwalteten Gebiet. Die EU begreift sich als Rechtsgemeinschaft und unterwirft sich bei der Ausübung ihrer supranationalen Hoheitsgewalt innerhalb des EU-Territoriums rechtsstaatlichen und grundrechtswahrenden Prinzipien. Die EU würde den eigenen rechtsstaatlichen Postulaten widersprechen, wenn sie ihr hoheitliches Handeln außerhalb ihrer Grenzen von einer Bindung an jenen Rechtsprinzipien freistellen würde, denen sie sich innerhalb des EU-Raums verschrieben hat.

Der Bedarf nach überzeugenden Antworten auf die obigen Legitimationsfragen stellt sich viel dringender angesichts des sehr ehrgeizigen und umfangreichen Engagements der EU im Kosovo im Rahmen der EULEX-Mission dar. Die EULEX-Mission stellt ein Novum in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Praxis der EU dar. Denn keine Friedensmission der EU wurde bisher mit der Ausübung derart weitgehender Befugnisse auf Drittgebiet betraut².

Seit Anfang 2008 ist die EULEX-Mission als Teil der EU-Präsenz³ im Kosovo mit Polizisten, Richtern, Staatsanwälten, Strafvollzugsbeamten, Zöllnern

² Die EU hatte von Mitte 1994 bis Mitte 1996 die Stadtverwaltung von Mostar (*European Union Administration of the City of Mostar*, EUAM) übernommen, um eine einheitliche, multiethnische und dauerhafte Verwaltung der von Kroaten und Bosniaken geteilten Stadt der Föderation Bosnien-Herzegowina zu ermöglichen. Die EUAM wurde auf Grundlage des *Memorandum of Understanding* v. 5. Juli 1994 mit administrativen und legislativen Kompetenzen ausgestattet. Allerdings durfte der berufene EU-Administrator nur mit der Zustimmung der Konfliktparteien agieren. Zu dieser Zeit verfügte die EU selbst noch nicht über eigene operative Fähigkeiten, daher ersuchte sie die Westeuropäische Union (WEU), die EUAM durch das Abstellen eines Polizeikontingentes zu unterstützen, siehe dazu *Hummer*, in: Bendek/Isak/Kicker (Hrsg.), *International and European Law*, 377 ff.; *Zeh*, *Übergangsrecht*, S. 22 f.; *Stahn*, *International Territorial Administration*, S. 301 ff.

³ Die EU-Präsenz im Kosovo basiert auf drei Säulen: Die erste Säule bildet der EU-Sonderbeauftragte (EUSR), der eine Zeit lang auch als Internationaler Zivilbeauftragter (ICR)

und anderem Fachpersonal tätig⁴, und gilt damit als der größte zivile Einsatz in der Geschichte der EU. In dessen Rahmen werden einerseits die Institutionen des Kosovo beobachtet, beraten und angeleitet, um rechtsstaatliche, multiethnische und stabile Strukturen im Sinne einer langfristigen Friedenssicherung auf dem Gebiet des Kosovo aufzubauen. Andererseits nehmen EULEX-Mitarbeiter sowohl eigenständig als auch in Zusammenarbeit mit lokalen Amtsträgern grundlegende innerstaatliche hoheitliche Aufgaben im Kosovo wahr, so u. a. die Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sowie die Rechtsprechung⁵.

Die rechtswissenschaftliche Diskussion zu internationalen Übergangsverwaltungen im Allgemeinen⁶ und speziell zur EULEX-Mission⁷ wird – soweit

fungierte und das – im September 2012 aufgelöste – Internationale Zivilbüro (ICO) leitete, siehe Gemeinsame Aktion 2008/123/GASP des Rates v. 4. Februar 2008 zur Ernennung eines Sonderbeauftragten der Europäischen Union im Kosovo, ABl. EU L 42, S. 88; vgl. *Kursani*, EULEX, S. 8; *Spernbauer*, EU Peacebuilding, S. 72 f. Die EULEX-Mission stellt den zweiten Pfeiler der EU-Präsenz im Kosovo dar. Als dritte Säule fungiert das EU-Verbindungsbüro im Kosovo (EUO), das die Hilfsprojekte der EU-Kommission zum Kapazitätsaufbau verwaltet. Im Februar 2012 wurden das Verbindungsbüro der EU-Kommission und das Büro des EUSR zusammengelegt, siehe *EuRH*, Sonderbericht Nr. 18/2012 v. 30. Oktober 2012 (siehe bei „Materialienverzeichnis“, S. 562), Ziff. 78; *EU-Kommission*, Machbarkeitsstudie für ein SAA zwischen der EU und Kosovo, Dok. COM(2012) 602 final vom 10. Oktober 2012, S. 7.

⁴ Die Personalstärke der EULEX-Mission betrug ursprünglich ca. 300 Mitarbeiter. Nachdem die Mission am 6. April 2009 ihre vollständige Einsatzfähigkeit erreicht hat, schwankte die Zahl des EULEX-Personals zwischen ca. 2.400 und 2.850 Mitarbeitern, siehe Berichte des UN-Generalsekretärs über die Übergangsverwaltung der UN im Kosovo ab dem Jahr 2009 sowie die daran angehängten Berichte des Hohen Vertreters der EU für GASP über die Tätigkeiten der EULEX-Mission (siehe bei „Materialienverzeichnis“, S. 557). Im August 2019 waren insgesamt etwa 500 EULEX-Mitarbeiter im Kosovo tätig, siehe die Internetseite der EULEX-Mission, abrufbar unter: <http://www.eulex-kosovo.eu/?page=2,16> (letzter Zugriff am 1. August 2019).

⁵ Siehe ausführlich dazu unten S. 50 ff.

⁶ Zur Frage, ob eine internationale Organisation originär staatliche Aufgaben zur Befriedigung des Konfliktgebiets übernehmen darf und wie eine derartige Friedenssicherungsmision innerhalb des Systems der UN-Charta einzuordnen ist, siehe *Stahn*, International Territorial Administration, S. 415; *Tielsch*, UN-Verwaltung, S. 81 ff.; *Blatt*, in: Epping/Heintze (Hrsg.), Staatlichkeit, 127 ff.; *Payandeh*, HuV 18 (2005), 253 ff.; *Oeter*, FW 80 (2005), 41 (44 ff.); *Keller*, UN-Basis-Informationen 39 (August 2008), 1 ff.; *Ferdowsi/Matthies*, in: Ferdowsi (Hrsg.), Den Frieden gewinnen, 14 (31 ff.); *Cameron*, Accountability, S. 16 ff.; *Wilde*, AJIL 95 (2001), 583 ff.; *Brabandere*, Post-conflict Administrations, S. 55 ff.; *Crawford*, Creation, S. 559 f. Zur Wiederherstellung der *Rule of Law* als Ziel der internationalen Territorialverwaltung siehe *Quenivet*, in: Knoops/Arnold (Hrsg.), Practice 35 ff.; *Tondini*, PDU 3 (2006) 83 ff.; *Howard*, in: Howard/Oswald (Hrsg.), Challenges, S. 23 ff. (insbesondere Beitrag von *Nina Lahoud*, S. 127 ff.); *Wierse*, Post-Conflict, S. 175 ff.; *Heintze*, in: Epping/Heintze (Hrsg.), Staatlichkeit, 11 (23). Zur Etablierung von Menschenrechtsstandards siehe *Schaller*, Peacebuilding, S. 30 f.; *Kondoch*, in: White/Klaasen (Hrsg.), Post-conflict situations, 19 (27 ff.). Zur *Justice*-Vorgabe siehe *Chesterman*, Justice, S. 1 ff. Zur Demokratieförderung in Nachkonfliktgesellschaften *Grimm*, Demokratie, S. 17 ff., bzgl. des Kosovo siehe S. 208 ff.; *Schaller*, Peacebuilding, S. 27 f. Zu den rechtlichen Grenzen des Handelns der UN bzw. des UN-Sicherheitsrates im Rahmen einer internationalen Territorialverwaltung, insbesondere zur Beachtung der

ersichtlich – überwiegend aus Perspektive der völkerrechtlichen Legitimation der jeweiligen Verwaltungseinsätze geführt. Dies kommt in Hinblick auf die EULEX-Mission nicht von ungefähr, da die völkerrechtliche Rechtmäßigkeit dieses Einsatzes höchst umstritten ist.

Die vorliegende Arbeit nimmt diese Diskussion auf und erweitert die entsprechende Fragestellung um die europa- und verwaltungsrechtliche Perspektive. Neben den Fragen der völker- und europarechtlichen Kompetenzgrundlagen für die Einsetzung der EULEX-Mission im Kosovo wird vor allem der Frage nach der Rechtmäßigkeit des Handelns der EULEX-Mission angesichts der konkreten Verwaltungssituation nachgegangen, die bislang nur rudimentär Gegenstand rechtswissenschaftlicher Überlegungen geworden ist⁸.

In der vorliegenden Arbeit sollen daher zunächst auf abstrakter Ebene aus den allgemeinen rechtlichen Bindungen der EU völker- und europarechtlichen Ursprungs speziell auf hoheitlich tätige zivile Missionen bezogene rechtliche Vorgaben herausgearbeitet werden, anhand deren sodann die EULEX-Mission sowie weitere künftige EU-Missionen dieser Art gemessen werden sollen.

B. Gang der Untersuchung

Der *erste Teil* der Arbeit widmet sich der EULEX-Mission als Phänomen der Ausübung von Hoheitsgewalt durch die EU außerhalb ihrer Grenzen. Nach einem kurzen Überblick über den historischen Hintergrund des Kosovokonflikts und den Aufbau der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo werden so-

Menschenrechte, der staatlichen Souveränität und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, siehe *Kiderlen*, Verwaltung von Krisengebieten, S. 231 ff.; *Feinäugle*, Hoheitsgewalt, S. 75 ff.; *Devereux*, in: Bowden/Charlesworth/Farrall (Hrsg.), *Rebuilding Societies*, 198 ff.; *Brabandere*, Post-conflict Administrations, S. 95 ff.; *Bothe*, in: Howard/Oswald (Hrsg.), *Rule of Law*, 265 ff.; *Muharremi*, Treuhandverwaltung, S. 78 ff., 105 ff.; *Smyrek*, Internationally Administered Territories, S. 28 ff.; *Wierse*, Post-Conflict, S. 191 ff.

⁷ *Richter*, in: *Asseburg/Kempin* (Hrsg.), ESVP-Missionen 32 ff.; *Spernbauer*, EU Peacebuilding, S. 195 ff.; *Grevi*, in: Grevi/Helly/Keohane (Hrsg.), ESDP, 353 ff.; *Reich*, UNMIK, S. 280 ff.; *Weber*, JURA (2009), 529 ff.; *Wet*, AJIL 103 (2009), 83 ff.; *Odendahl*, SZIER 19 (2009), 359 ff.; *Spernbauer*, GLJ 11 (2010), 769 (776 ff.); *Orakhelashvili*, MPUNYL 12 (2008), 1 (36 ff.); *Richter*, Südosteuropa 59 (2011), 448 (452 ff.); *Muharremi*, ZaöRV 70 (2010), 357 (365 ff.); *Schaller*, AVR 46 (2008), 131 (155 ff.); *Breitwieser*, in: Chiari/Keßelring (Hrsg.), Kosovo, 137 (149 f.); *Deimel/Schmidt*, spotlight europe (Januar 2009), 1 ff.; *Calic*, IP 6 (2008) 26 (31).

⁸ Zu völkerrechtlichen Standards internationaler Administration am Beispiel der UNMIK-Mission *Reich*, UNMIK, S. 109 ff.; siehe auch *Frowein*, in: Trute/Groß/Röhl (Hrsg.), Verwaltungsrecht, 333 (337 ff.). *Feinäugle*, Hoheitsgewalt, S. 75 ff., untersucht rechtliche Vorgaben für die Ausübung von Hoheitsgewalt im Kontext der internationalen Terrorismusbekämpfung. Zur Legitimation grenzüberschreitender Verwaltungszusammenarbeit am Beispiel des Lebensmittelhandels zwischen der EU und Drittstaaten *Meyer*, Souveränitätsprinzip, S. 216 ff.

wohl das Mandat der EULEX-Mission als auch dessen praktische Umsetzung umfassend beleuchtet. Darüber hinaus wird das Handeln der EULEX-Mission unter dem Aspekt der Ausübung von Hoheitsgewalt untersucht.

Ziel des *zweiten Teils* der Arbeit ist es, den rechtlichen Rahmen zu identifizieren, in dem sich eine verwaltend tätige Mission der EU, darunter auch die EULEX-Mission, bewegen muss. Diesbezüglich werden die rechtlichen Maßstäbe für hoheitliches Handeln der EU jenseits ihrer Grenzen erarbeitet, sowohl aus völkerrechtlicher als auch aus europarechtlicher Sicht. Dabei werden sowohl die Einsetzung einer EU-Territorialverwaltung auf Drittterritorium als auch die Ausübung hoheitlicher Befugnisse durch diese im Einsatzgebiet in den Blick genommen.

Das Verhältnis dieser abstrakten Standards legitimen EU-Verwaltens zum tatsächlichen EULEX-Verwaltungshandeln im Kosovo ist dann Gegenstand der Untersuchung im anschließenden *dritten Teil* der Arbeit. Es wird untersucht, ob der Entsendung der EULEX-Mission eine ausreichende völker- und europarechtliche Kompetenzgrundlage zugrunde liegt sowie, ob das hoheitliche Handeln der EULEX-Mission im Kosovo gemessen am Maßstab der im vorangegangenen Teil herausgearbeiteten rechtlichen Vorgaben als rechtmäßig zu beurteilen ist.

C. Quellen

Zur Aufklärung der zum Teil verwirrenden völkerrechtlichen Lage der EULEX-Mission wurden neben der Auswertung der zur Verfügung stehenden Rechtsquellen (Rechtsakte der EULEX-Mission sowie UN-Dokumente, darunter insbesondere die Berichte des UN-Generalsekretärs) und der relevanten völker- und europarechtlichen Literatur auch Experteninterviews mit den zuständigen Beamten des Generalsekretariats des Rates der EU und des Juristischen Dienstes der Europäischen Kommission durchgeführt. Diese fanden im Januar 2009 in Brüssel statt. Weitere Gespräche mit Vertretern von EU-Institutionen, insbesondere mit Mitarbeitern des 2010 gegründeten Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und des ihm untergliederten Zivilen Planungs- und Durchführungsstabs (CPCC) sowie mit Mitarbeitern des Ausschusses für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung (CIVCOM) wurden im März 2013 geführt, nachdem die EULEX-Mission Mitte 2012 verschiedene Umstrukturierungen erfahren hatte.

Zur Ermittlung der tatsächlichen Umsetzung des Mandats der EULEX-Mission in der Praxis wurden neben den Berichten und den Pressemitteilungen der EULEX-Mission Berichte des UN-Generalsekretärs sowie die vorhandene Sekundärliteratur ausgewertet. In diesem Zusammenhang fanden zudem empirische Untersuchungen vor Ort im Kosovo statt: Im Rahmen von Forschungsauf-

enthalten im Juni 2009 und im Dezember 2012 in Pristina und den nördlichen Provinzen des Kosovo wurden zahlreiche Interviews mit Mitarbeitern der EULEX-Mission durchgeführt, u. a. mit Juristen und politischen Beratern aus dem Leitungsstab der Mission sowie mit EULEX-Richtern, -Polizisten, -Staatsanwälten und -Zöllnern. Darüber hinaus wurden Gespräche mit ehemaligen EULEX-Mitarbeitern geführt⁹.

D. Begrifflichkeiten

Der Begriff „Verwaltung“ ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht mit der Exekutive im staatsrechtlichen Sinne gleichzusetzen. Vielmehr bezeichnet er die Ausübung jeglicher Form von Hoheitsgewalt¹⁰, insbesondere die Kompetenz der Mission, eigenständig operativ tätig zu werden und einseitige rechtsverbindliche Entscheidungen gegenüber einzelnen Personen zu treffen, was auch judikative Handlungsformen umfasst¹¹. Dieses Verständnis des Begriffs „Verwaltung“ wird auch den hier verwendeten Termini „Verwaltungsmission“ und „Verwaltungshandeln“ zugrunde gelegt.

Als „Verwaltungsmission“ der EU werden in der vorliegenden Arbeit solche zivile EU-Missionen im Rahmen der GSVP bezeichnet, die staatliche Befugnisse und Aufgaben innerhalb eines Drittterritoriums, d. h. außerhalb des EU-Raums, wahrnehmen. Es wird nicht zwischen Missionen unterschieden, die mit der eigenverantwortlichen Ausübung sämtlicher staatlicher Befugnisse betraut sind, und solchen, die nur sektoral Verantwortung übernehmen, d. h. nur in bestimmten Gebieten bzw. nur teilweise Verwaltungstätigkeit ausüben.

Zur Bezeichnung der Ausübung originär staatlicher Funktionen im Rahmen einer Friedenssicherungsmission¹² werden in der Literatur neben der Defini-

⁹ Sofern der entsprechende Austausch telefonisch oder per E-Mail erfolgte, wird ausnahmsweise in der vorliegenden Arbeit lediglich der Zeitpunkt des stattgefundenen Gesprächs ohne Ortsangabe ausgewiesen. In Hinblick auf die Auskunft interviewter Personen, die zum Zeitpunkt des Gesprächs in Brüssel bzw. im Kosovo als EULEX-Mitarbeiter bzw. Mitarbeiter einer der EU-Institutionen tätig waren, wird zudem auch der Ort des Interviews in der Fußnote angegeben.

Im Rahmen des Forschungsaufenthaltes im Juni 2009 im Kosovo wurden darüber hinaus Mitarbeiter der UNMIK-Mission interviewt.

¹⁰ Zum in der vorliegenden Arbeit verwendeten Begriff der Ausübung von Hoheitsgewalt siehe unten S. 138 ff.

¹¹ Vgl. auch *Richter*, in: *Asseburg/Kempin* (Hrsg.), *ESVP-Missionen* 32 (37, insb. Anm. 18). Ähnlich auch *Bothe/Marauhn*, in: *Tomuschat* (Hrsg.), *Kosovo*, 217 (230): „[...] the administration is comprehensive in terms of legislative, executive and judicial powers“. Zur ausführlichen Analyse des Begriffs „administration“ im Kontext von Verwaltungsmissionen *Reich*, UNMIK, S. 41 ff., 52 ff.

¹² Zu historischen Vorläufern sowie zu den gegenwärtigen Erscheinungsformen dieses Phänomens ausführlich *Kiderlen*, *Verwaltung von Krisengebieten*, S. 7 ff.; *Stahn*, *International Territorial Administration*, S. 43 ff.; *Crawford*, *Creation*, S. 233 ff.; *Salamun*, *Democratic Governance*, S. 15 ff.; *Zeh*, *Übergangsrecht*, S. 12 ff.

tion Verwaltungsmission¹³ weitere Begriffe verwendet wie „internationale Territorialverwaltung“¹⁴, „internationale Verwaltung“ bzw. „Administration“¹⁵, „(internationale) Übergangsverwaltung“¹⁶, „(internationale) Zivilverwaltungsbehörde“¹⁷ oder „Gebietsverwaltung“¹⁸. Diese Termini werden hier als Synonyme zu „Verwaltungsmission“ benutzt.

Da die EU über keine individuell rekrutierten, ausschließlich in ihren Diensten stehenden Zivilkräfte verfügt, ist sie bei der Durchführung von zivilen Missionen auf die Kooperation ihrer Mitgliedstaaten bzw. auch anderer Drittstaaten angewiesen. Im Rahmen der EULEX-Mission beteiligen sich beinahe alle EU-Mitgliedstaaten sowie Drittstaaten wie die Schweiz, USA, Türkei, Norwegen und Kanada¹⁹, die der EULEX-Mission nationale Experten wie Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Strafvollzugsbeamte und Zöllner zur Verfügung stellen und die Kosten für das von ihnen abgeordnete Personal tragen²⁰. Diese Staaten werden in der vorliegenden Arbeit als „Entsendestaaten“, „beitragende Staaten“ oder „am EULEX-Einsatz beteiligte Staaten“, die von Ihnen entsandten EULEX-Mitarbeiter als „sekundiertes“ EULEX-Personal bezeichnet. EULEX-Mitarbeiter, die auf Vertragsbasis eingestellt werden, heißen hier „kontraktiertes“ EULEX-Personal.

Unter dem Begriff „Territorialstaat“ bzw. „betroffener Staat“ ist hier der Staat zu verstehen, zu dessen Territorium das von der EU verwaltete Gebiet völkerrechtlich gehört.

Unter dem Begriff „Konsensverwaltung“ wird eine EU-Verwaltungsmission verstanden, die sich völkerrechtlich auf Grundlage der Einwilligung durch den betroffenen Staat rechtfertigt. Als eine „Zwangsverwaltung“ wird dagegen eine EU-Verwaltungsmission bezeichnet, die unabhängig vom Willen des Territo-

¹³ Forster, Nation Building, S. 106; Schaller/Schneckener, Das Peacebuilding-System der UN, S. 15; Reich, UNMIK, S. 35.

¹⁴ „International territorial administration“: Stahn, International Territorial Administration, S. 43 ff.; Smyrek, Internationally Administered Territories, S. 27; Cameron, Accountability, S. 14 ff.; Wilde, AJIL 95 (2001), 583 ff.; Reich, UNMIK, S. 35 und m. w. N. S. 52 ff.

¹⁵ „International administration“: Crawford, Creation, S. 408; Chesterman, Justice, S. 1 ff.; Brabandere, Post-conflict Administrations, S. 15 ff.; m. w. N. Hennes, Hoheitsgewalt, S. 76 ff.; Reich, UNMIK, S. 29 und m. w. N. S. 52 ff.

¹⁶ Wählich, in: Tomuschat (Hrsg.), Weltordnungsmodelle, 163 (173); Stahn, HJIL 27 (2005), 311 ff.; Schaller/Schneckener, Das Peacebuilding-System der UN, S. 15; Rossbacher, UNMIK, S. 30 ff.; Zeh, Übergangsrecht, S. 12 ff.; vgl. Reich, UNMIK, S. 57.

¹⁷ Rehs, Gerichtliche Kontrolle, S. 122. Reich, UNMIK, S. 29 f., spricht im Zusammenhang mit der UNMIK-Mission von einer „Verwaltungsbehörde“.

¹⁸ Kiderlen, Verwaltung von Krisengebieten, S. 3.

¹⁹ Mit diesen Staaten hat die EU entsprechende Verträge abgeschlossen. Zu Nachweisen siehe unten S. 314.

²⁰ Vgl. Art. 9 Abs. 2 der Gemeinsamen Aktion des Rates 2008/124/GASP v. 4. Februar 2008 über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX Kosovo, ABl. EU Nr. L 42, S. 92 (siehe bei „Materialienverzeichnis“, S. 557).

rialstaats und seiner Bevölkerung eingerichtet und i. d. R. durch den UN-Sicherheitsrat autorisiert wurde²¹.

E. Staats- und Ortsnamen

In Hinblick auf die geografische Bezeichnung der für die vorliegende Untersuchung relevanten Region finden sich in der Sprachpraxis unterschiedliche Benennungen wie „der Kosovo“, „das Kosovo“ oder nur „Kosovo“. Im Serbischen wird das Gebiet als „Kosovo i Metohija“²² bezeichnet und im Albanischen „Kosova“²³. Da sich in den Medien, aber auch in der internationalen Gemeinschaft und der EU „das Kosovo“ wohl durchgesetzt hat, wird auch in der vorliegenden Arbeit diese Bezeichnung verwendet.

Die Bezeichnung von Ortschaften erfolgt grundsätzlich zweisprachig durch Angabe sowohl der albanischen als auch der serbischen Schreibweise, wie dies der gängige Sprachgebrauch der EULEX-Richterschaft ist²⁴. Die gewählte Reihenfolge beinhaltet keine politische Wertung. Für die Hauptstadt des Kosovo wird allerdings – davon abweichend – die bekanntere Bezeichnung „Pristina“ verwendet und nicht „Prishtinë/Priština“.

Als „Nord-Kosovo“ wird ein Gebiet bezeichnet, das die serbisch besiedelten Gemeinden des Kosovo Leposaviq/Leposavić, Zubin Potok und Zvečan/Zvečan sowie den nördlich des Flusses Ibër/Ibar gelegenen Teil der Gemeinde Mitrovicë/a umfasst²⁵.

Mit dem Begriff „Kosovare“ werden in der vorliegenden Arbeit ausschließlich die im Gebiet des Kosovo lebenden Personen bezeichnet, ohne damit die Frage der Staatsangehörigkeit zu implizieren. Außerdem sind damit alle ethnischen Gruppen gemeint. Sollte die Erwähnung der ethnischen Zugehörigkeit in einem bestimmten Zusammenhang erforderlich sein, erfolgt dies in der folgenden Art: „Kosovo-Serbe“ oder „Kosovo-Albaner“.

Mit der „Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ)“ ist hier das in 1945 gegründete kommunistische Regime mit sechs Teilrepubliken²⁶

²¹ Die Begriffe „Konsensverwaltung“ und „Zwangsverwaltung“ wurden von *Kiderlen*, Verwaltung von Krisengebieten, S. 4, definiert.

²² *Brunner*, in: Clewing/Reuter (Hrsg.), Kosovo-Konflikt, 117 (117).

²³ Dazu *Reuter*, Mythos, in: Clewing/Reuter (Hrsg.), Kosovo-Konflikt, 139 (151); vgl. auch *Wierse*, Post-Conflict, S. VII; *Rosbacher*, UNMIK, S. 37; *Kiderlen*, Verwaltung von Krisengebieten, S. 59; *Brown*, Chi.-Kent L. Rev 80 (2005), 235 (238).

²⁴ Siehe *EULEX – Court Judgments*, abrufbar unter: <http://www.eulex-kosovo.eu/en/judgments/>; <http://www.eulex-kosovo.eu/?page=2,8> (letzter Zugriff am 1. August 2019).

²⁵ Siehe *EU-Kommission*, Machbarkeitsstudie für ein SAA zwischen der EU und Kosovo, Dok. COM(2012) 602 final vom 10. Oktober 2012, S. 5.

²⁶ Serbien, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Mazedonien.

gemeint. Unter „Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ)“ sind die zwei Teilrepubliken Serbien und Montenegro als Nachfolgerin der SFRJ zu verstehen, die sich im Jahre 1992 neukonstituiert und im Jahre 2003 in „Staatenunion Serbien und Montenegro“ umbenannt haben. Dieser Staatenbund existierte bis 2006, als Montenegro sich für unabhängig erklärte. Die Bezeichnung „das heutige Serbien“ wird für die Republik Serbien verwendet, die seit 2006 alleiniger Rechtsnachfolger dieses Staatenbunds ist.

Sachregister

Die Fettsetzung bezieht sich auf zentrale Fundstellen und die Kursivierung auf Fundstellen in den Fußnoten der jeweiligen Seite.

- Agenda für den Frieden vom UN-Generalsekretär Boutros-Ghali (1992) 181
- Ahtisaari-Plan 22–28, *160*, 288, 291, 297, 316, 348
- Amsterdamer Vertrag von 1997 212
- Anerkennung der Staaten 25, 291–293
- Appeal Panel for Kosovo Property Agency Related Matters (KPA-Berufungsausschuss) 104, 126, 348, 391
- Aufgabe, hoheitliche 1, 3, 79, 140, 142, 161, 233 f., 278, 380
- *siehe auch* hoheitliches Befugnis, hoheitliche Kompetenz, hoheitliche Maßnahme, hoheitliche Tätigkeit, Verwaltungshandeln
- Aufstandsbekämpfung 39, 71, 75, 338, 441, 475
- *siehe auch* Unruhen niederschlagung
- Auftrag der EULEX-Mission 30 f.
- Ausschreitung 76, 90, 106, 113 f., 135
- *siehe auch* Aufstandsbekämpfung
- Ausschuss für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung (CIVCOM) 5, 42, 75, 231, 333, 342, 365, 440–442
- „Außenrecht“ 322, 326, 344, 507, 511
- Autopsie 103, 145
- Autorisierung des UN-Sicherheitsrates 155, 163–169, **191**, **208 f.**, 233, 282, **296 f.**, **301**, 499 f., 504
- Autorisierungsmonopol des UN-Sicherheitsrates 184
 - explizite Autorisierung des UN-Sicherheitsrates 194 f., 317
 - implizite Autorisierung des UN-Sicherheitsrates 194 f., 298, 302
 - nachträgliche Autorisierung des UN-Sicherheitsrates 196–201, 205, 209, 301 f., 308–311, 318, 501 f., 503, 505
 - vorherige Autorisierung des UN-Sicherheitsrates 196 f., 205, 301, 308
- Befehlskette 70, 207, 300, 320, 366, 369 f., 463, 475, 490
- Befugnis, hoheitliches 5, 140, 146, 149, 218, 339, 412
- *siehe auch* hoheitliche Aufgabe, hoheitliche Gewalt, hoheitliches Handeln, hoheitliche Kompetenz, hoheitliche Maßnahme, hoheitliche Tätigkeit
- Behrami/Saramati-Rechtsprechung des EGMR 185, 191, 203, 254, 295, 302, 304, 307, **458**, **464–468**, 477
- Beitritt der EU zur EMRK 235, 249–251, 257 f., 261, 356, 471 f., 507 f., 517
- Bekanntgabeerfordernis 264, 266
- Benchmarking-Verfahren 51, 369, 435 f., 440
- Bericht
- Bericht der EULEX-Mission an den Rat der EU 442
 - Bericht des Hohen Vertreters der EU für GASP über die Tätigkeit der EULEX-Mission an die UN 443
 - Bericht des Rates der EU an das EU-Parlament 445
 - Berichterstattung 40, 46, 162, 208, 331, 353, 439 f., 443–446, 511, 516
 - Berichterstattungsverfahren 341 f., 442
 - Berichtspflicht 208, 326, 341, 439 f.

- Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs 447
- Bericht des Sonderberichterstatters des Europarates Dick Marty zum Menschen- und Organhandel im Kosovo (Marty-Bericht) 85 f., 447
- Besatzung, kriegerische, *siehe* humanitäres Völkerrecht
- Beschlagnahme 62, 97, 386, 424 f., 433, 514
- Beschluss über Mission i. S. d. Art. 43 Abs. 2 EUV 229 f.
- Bestimmtheitsgrundsatz 264, 266
- Bllaca-Fall 81, 110
- Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) 9, 15–17, 20, 288, 329, 396, 458, 499, 503
- Bürgerbeauftragter, europäischer 498 f., 519

- Constitutional Framework (Rahmenverfassung) 19, 398

- de facto-Regim 296
- Delegation 348
 - generelle Delegation 196
 - Kompetenzdelegation 161 f., 190, 191, 279, 306, 307, 454, 476
 - spezielle Delegation 195 f.
 - Subdelegation 196, 307, 308
- Department of Forensic Medicine (DFM) 38, 44, 65 f., 101
- Department of Peacekeeping Operations (DPKO) 207, 355
- „Dialog zwischen Pristina und Belgrad“ 136
- Direktion Krisenbewältigung und Planung (CMPD) 41, 42, 231, 365
- Disziplinarverfahren 342–344, 351–353, 511
- domaine réservé 151
- Drittgebiet, *siehe* Drittterritorium
- Drittterritorium 1 f., 5, 6, 142 f., 149, 208, 210, 227, 234, 254–258, 281, 364
- Durchsuchung 78, 81 f., 90, 92–96, 99, 144, 345, 357, 377, 386, 424 f., 455, 483
- Eigentum 18, 20, 84, 97, 126–128, 247, 260, 345, 359
 - Eigentumsagentur des Kosovo, *siehe* Kosovo Property Agency (KPA)
 - Eigentumsanspruch 36, 104, 114, 124 f., 127, 145, 389
 - Eigentumsrecht 13, 126 f., 265, 284, 357, 492
 - Eigentumsstreitigkeit 123–126, 131, 348, 367, 390
- Einheit, nicht-staatliche 296
- Einheitliche Europäische Akte von 1986 (EEA) 177, 179, 210 f.
- Einladung, völkerrechtlich wirksame 155–162, 208, 288–296
- Einsatzgebiet, *siehe* Drittterritorium
- Einsatzregel (Rules of Engagement, RoE) 374, 429
- Einstimmigkeitsregel 230, 312
- Einwilligung des Territorialstaates 7, 153, 154–162, 163, 208, 233, 255, 282, 289, 499 f.
- Einzelermächtigung 284, 345
- Elemente der Staatlichkeit 289, 292
- Elitaliana/Eulex Kosovo-Urteil des EuGH vom 12. November 2015 449, 453, 454, 456
- Enklave, serbische 26, 314, 319, 459
- Entsendestaat 7, 343, 364, 469, 475, 477–480, 517
- Entsendung
 - Entsendung der EULEX-Mission 5, 11, 24, 289, 293, 311, 485, 521
 - Entsendung einer EU-Verwaltungsmission 1, 149, 154, 209, 227, 503
- Erfordernis der gesetzlichen Errichtung des Gerichts 265 f., 284, 346
 - *siehe auch* Recht auf den gesetzlichen Richter
- Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, *siehe* Autorisierung des UN-Sicherheitsrates
- Ermittlungsmaßnahme 80, 345, 377, 386, 432 f.
- EU-Konzeptdokument 218, 226–228, 233, 364–371, 379 f., 428 f., 434, 463, 508, 510

- EU-Krisenmanagement 213, 214, 215–218
- EULEX Executive Criminal Investigations Department (ECID) 45, 48, 80
– *siehe auch* EULEX Police Executive Department (PED)
- EULEX Logbase Mitrovicë/a 106
- EULEX North Mitrovicë/a Initiative (NMI) 39
– *siehe auch* EULEX Task Force Mitrovicë/a (TFM)
- EULEX Organised Crime Investigation Unit (EULEX OCIU) 45, 89, 97
- EULEX Police Executive Department (PED) 39, 45, 91
– *siehe auch* EULEX Executive Criminal Investigations Department (ECID)
- EULEX Police Strengthening Department (PSD) 38, 45, 66
- EULEX Programme Strategy 335 f., 509
- EULEX Special Investigative Task Force (SITF-Ermittlungseinheit) 85–87
– *siehe auch* Kosovo Specialist Prosecutor's Office (SPO)
- EULEX Special Police Department (SPD) 39, 45, 75, 79, 91, 136
- EULEX Task Force Mitrovicë/a (TFM) 39, 44, 92, 100
– *siehe auch* EULEX North Mitrovicë/a Initiative (NMI)
- EULEX War Crimes Investigation Unit (EULEX WCIU) 45, 80 f., 101
- EULEX-Richterrat 36, 44, 54, 57–59, 347, 350, 417–421, 512
– Präsident des EULEX-Richterrates (PAEJ) 36, 111, 387–392, 439, 490
– Richtlinien des EULEX-Richterrates 417–421, 512
- EU-Planungsteam (EUPT Kosovo) 21, 316
- EU-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina (EUPM) 159, 177, 454–457, 476
- Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) 178 f., 210 f.
- Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) 213–215
– *siehe auch* Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
- Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 (EES) 214
- Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD) 5, 34, 231
- Europäischer Kodex der Polizeiethik 371–374, 429 f.
- Europarecht 4 f., 149, 216 f., 258, 281–285, 346, 353, 361–380, 416, 422 f., 428, 434, 471, 506–508, 515
- EU-Sonderbeauftragter (EUSR) 2 f., 23, 28, 34, 219, 224, 341
- EU-Territorium 2, 6, 142, 256, 261, 271, 280
- Executive Division der EULEX-Mission 42–48, 75, 80, 133, 333, 490, 509
– *siehe auch* Struktur der EULEX-Mission
- Exekutiv, *siehe* Exekutivbefugnis
- Exekutivbefugnis 31 f., 37, 39 f., 44 f., 47, 75 f., 79, 100, 105, 132 f., 144–148, 218, 225–227, 248, 257, 300, 306, 313, 322, 338–340, 344, 353, 366, 382, 448, 487 f., 500, 502, 510, 514, 518
- Exhumierung 66, 101 f., 145
- Experteninterview 5, 75, 78, 105, 147, 333, 340, 351
– *siehe auch* Forschungsaufenthalt
- Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia 239
- failed state 157, 162 f., 222, 226
- Fallzuweisung, *siehe* Verteilung von richterlichen Geschäften
- Felduntersuchung 103, 145
– *siehe auch* gerichtsmedizinische Untersuchung
- Festnahme 78, 81, 96, 99, 135, 144, 255, 424, 426, 432, 455, 459, 478, 514
- Flüchtlingsstrom 15 f., 203, 204, 223
- Forschungsaufenthalt 5 f., 50, 330, 34 7
– *siehe auch* Experteninterview
- Frieden 139 f., 163, 165, 176, 182, 186, 190, 204, 210 f., 216, 261
– Friedensbedrohung 167, 185, 198, 201–206, 301 f., 501
– Friedensbegriff 204
– Friedensbruch 167, 201 f.
– Friedenskonsolidierung 139, 142, 160,

- 209 f., 217, 232 f., 313, 502, *siehe auch* Post-Conflict Peacebuilding
- Friedenssicherung 1, 146, 150, **163**, **172**, 180, **182**, *185*, 192, **216**, 282, 326 f., 412, 451 f.
- Friedenssicherungsaufgabe 176 f.
 - Friedenssicherungsbeitrag 173 f.
 - Friedenssicherungseinsatz 207
 - Friedenssicherungsmaßnahme 159, 163, 189
 - Friedenssicherungsmission 1, 3, 6, 218, 244, *479*
 - Friedenssicherungsphase 224
- Friedenssicherungsmission 1, 3, 6, 218, 244, *479*
- *siehe auch* Gebietsverwaltung, internationale Verwaltung, Verwaltungsmission, internationale Territorialverwaltung, internationale Übergangsverwaltung, internationale Zivilverwaltungsbehörde
- Gebietshoheit 17, 152, *155*, 360, *412*
- *siehe auch* Hoheitsrecht, Staatsgewalt, hoheitliche Aufgabe, Herrschaftsgewalt, Gewaltmonopol
- Gebietsverwaltung 7, *163*, 166, *184*, 237
- *siehe auch* Friedenssicherungsmission, internationale Verwaltung, Verwaltungsmission, internationale Territorialverwaltung, internationale Übergangsverwaltung, internationale Zivilverwaltungsbehörde
- Gefahrenabwehr 3, 75, *141*, 146, 430, 475, 512
- Gefangenentransport 37, 45, 64, 132 f., 145, 339, *367*, 483
- Gefängniswesen, *siehe* Strafvollzug
- Geldwäsche 93, 95, 107, 120
- Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP 24, 26, 29, **30–34**, 38–41, 51, 143, **147**, **294**, 298, 300, **312–321**, 332–342, 344–353, **362**, 370, 376, **422**, 439, 442, 449, **453**, 462, 465, **475**, **486**, 500–516
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) 25, 136, *150*, **177**, 181, **211–216**, 228, 230–232, **251**, 257 f., **262** f., 271–278, **281**, 293 f., 446, **449–452**, 471 f., 482, 508, 516 f.
- Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 6, 26, **31**, 51, **142**, 150 f., **177–182**, 210, **216–218**, 224–234, **251**, 257 f., 262 f., 275, 278, **280** f., **283**, 293 f., **300**, 313, 321, **361**, 442, 449, **457**, 471 f., 500, 502, 508, 516 f.
- *siehe auch* Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)
- Gemeinschaft, internationale 15, **21**, **25** f., 146, *157*, 159, 163, 203, **222**, 371, **406**, **409**, **411** f.
- Genfer Abkommen von 1949 237 f., 342, 246, 359
- Gerichtsorganisation 56 f., 103, 421
- Gesetzesvorbehalt 236, 252, 258, *264*, 265, 283 f., 355, 356
- Gewalt, hoheitliche 138, 144, 146, 149, 235, 243, 247
- *siehe auch* hoheitliches Handeln, Herrschaftsgewalt, hoheitliche Tätigkeit, Staatsgewalt
- Gewaltmonopol 31, 140, 142, 192, 206, 335, 503
- *siehe auch* Herrschaftsgewalt, Staatsgewalt
- Grenpolizist, *siehe* Grenzkontrolle
- Grenzkontrolle 40, 44–46, 53, **72–75**, **133–136**, 145, 224, **346**, 366
- Gutachten des EuGH zum EMRK-Beitritt der Europäischen Union vom 18. Dezember 2014 250 f., 471 f.
- Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zum Kosovo vom 22. Juli 2010 *136*, 250 f., 292, *471*, 472
- Haftbefehl 53, 82 f., 88 f., 92 f., 134, 386, 432, 452
- Handeln, hoheitliches 2, 5, 22, 138, 142, 145, 148 f., 154, 235, **251–261**, **269**, 280 f., **287**, **321**, 353, **362**, **380**, 423, **434**, 480, **515**
- *siehe auch* hoheitliche Gewalt, hoheitliche Tätigkeit
- Handlungsanweisung 67–70, 335 f., 341, 352, 372, 421

- Handlungsform der EULEX-Mission 31, 42, 50, 143, 353, 510
 – *siehe auch* MMA, Exekutivbefugnis
- Hauptverantwortung des UN-Sicherheitsrates 150, 163, 192, 307, 310
- Herrschaftsgewalt 18, 141, 236, 243, 255, 290, 473
 – *siehe auch* Staatsgewalt, Gewaltmonopol
- Hoheitsgewalt 4–6, 138–148, 234, 248, 259, 264, 269, 280, 283 f., 353 f., 361, 380, 405, 513
 – Begrenzung der Hoheitsgewalt 234, 236, 238, 242, 249, 261, 515
 – „extern ausgeübte Hoheitsgewalt der EU“ 142 f., 148, 234, 261, 283
 – Hoheitsgewalt i. S. d. Art. 1 EMRK 254–257, 458–460
 – supranationale Hoheitsgewalt der EU 2, 142, 214, 265, 280, 363
- Hoheitsrecht 17, 140, 396
 – *siehe auch* Gebietshoheit, Staatsgewalt
- Human Rights Advisory Panel (HRAP) 496 f., 519
- Human Rights and Gender Office (HRGO) 40, 46, 436 f., 493
 – *siehe auch* Human Rights and Legal Office (HRLO)
- Human Rights and Legal Office (HRLO) 46, 436 f.
 – *siehe auch* Human Rights and Gender Office (HRGO)
- Human Rights Review Panel (HRRP) 443, 460, 486–495, 518
- Immunität 147, 320, 474, 477, 480–486
 implied powers-Doktrin 188
- Individualbeschwerde i. S. d. Art. 34 EMRK 457, 467, 469 f., 472
- Individualnichtigkeitsklage i. S. d. Art. 263 Abs. 4 AEUV 271, 275, 277, 362, 450–457
- Individualsanktion zur Terrorismusbekämpfung (smart sanctions) 241, 451
 „Innenrecht“ 322, 332, 507 f.
- Institution, kosovarische 22, 31, 51, 79, 145, 148, 353, 415, 440
- Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nation im Kosovo, *siehe* UNMIK-Mission
- International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR) 239
- Internationale Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) 17, 18, 69, 75–78, 85, 94, 100, 135, 290, 304, 337 f., 464, 478, 510
- Internationaler Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (MICT) 241
- Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) 239, 240, 242, 371, 377
- Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) 39, 87, 185, 239–241, 341, 382
 – *siehe auch* Internationaler Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (MICT)
- Internationaler Zivilbeauftragter (ICR) 2, 23, 28, 288, 290, 348, 412
- Interventionsverbot 150–153
 ius cogens 159, 183, 201, 274, 290
- jurisdictional link 255
- Justiz 23, 29, 31, 44 f., 47, 55, 105, 146, 257, 284, 300, 313, 327, 331, 350 f., 367, 376, 417, 500, 506, 511
 – *siehe auch* Rechtsprechung
 – Justizgewähranspruch 253
 – Justizverwaltung 36, 221
 – Nichtjustiziabilität 275
 – Justizkomponente der EULEX-Mission 34–38, 42, 332 f., 347, 402, 487, 509, *siehe auch* Struktur der EULEX-Mission
- Kadi-Urteil des EuGH vom 3. September 2008 271–275, 450, 516
- Klecka-Prozess 83, 109 f.
- Kompetenz, hoheitliche 405
 – *siehe auch* hoheitliches Befugnis, hoheitliche Aufgabe, hoheitliche Maßnahme, hoheitliche Tätigkeit
- Kompetenzverteilung 323, 505
- Kompetenzgrundlage
 – europarechtliche 29, 153, 209–234, 287, 312, 321, 502–507, 521

- rechtliche 1 f., 149, 209
- völkerrechtliche 24–30, 150, 154, 282, 287, 499–502, 521
- Konfliktregion 1, 216, 222
- Konsensverwaltung 7, 8, 154–162, 208, 288–296
- Kontingentleiter 343, 465 f., 468
- Kontrolle
 - Kontrollmechanismus 162, 246, 277, 279, 281, 522
 - Kontrollrecht des UN-Sicherheitsrates 197–200, 206, 310
 - Kontrollstruktur 365, 369
 - Rechtmäßigkeitskontrolle 274, 277, 281, 434–437, 450, 516
- Konzept, programmatisches, *siehe* MMA-Tätigkeit
- Körperverletzungsdelikt 88, 112, 115–117
- Korruption 32 f., 37, 41, 53, **95–99**, **120–122**, 144, 215, 337, 350, 368, 383, 446, 484, **499**
- Kosovare 8, 90, 385
- Kosovo Property Agency (KPA) 36, 124
- Kosovo Property Claims Commission (KPCC-Kommission) 36, 44, 124–126, 348, 350, 389
- Kosovo Specialist Prosecutor's Office (SPO) 87
 - *siehe auch* Sondertribunal für Kosovo
- Kosovo Trust Agency (KTA) 128 f., 131, 401, 402, 406–408, 409, 412, 416 f.
- Kosovokonflikt 4, 11 f., 87, 123
 - *siehe auch* ethnische Spannung
- Kosovo-Serbe 8, 16, 26, 70, 77, 81 f., 108 f., 114 f., 123, 131, 319
- Kosovo-Albaner 8, 13, 15 f., 26, 70, 77, 81 f., 107, 109, 115, 123, 131
- Kriegsverbrechen 32, 37, 39, 45, **80–84**, **107–111**, **144**, 221, 239, 339, **349**, 367, 382, 446, 459
- Kriminalität 38, 52, 67
 - Finanzkriminalität 33, 37, 39, **95 f.**, **120**, 337
 - organisierte Kriminalität 32, 37, 39, 45, 87, **93 f.**, 107, **118–120**, 144, 339, 368, 370, **382**, 446, 459
 - Schleuserkriminalität 89, 112
 - Wirtschaftskriminalität 33, 339, 350
- Krisenmanagementkonzept (CMC) 231, 312
- Laufzeit der EULEX-Mission 313, 316
- Law on the Jurisdiction, Case Selection and Case Allocation of EULEX Judges and Prosecutors (Zuständigkeitsgesetz) 381–395, 399, 401, 416, 421, 429, 508, 510, 513
- Law on the Special Prosecution Office of the Republic of Kosovo (SPRK-Sonderstaatsanwaltschaftsgesetz) 381 f., 387, 395, 399, 404, 416, 508, 510, 513
- Legitimation 1, 4, 147, 259, 400, 515
 - *siehe auch* Rechtmäßigkeit
 - europarechtliche Legitimation, *siehe* Europarechtmäßigkeit, europarechtliche Kompetenzgrundlage
 - Legitimationsfrage 1 f.
 - völkerrechtliche Legitimation, *siehe* Völkerrechtmäßigkeit, völkerrechtliche Kompetenzgrundlage
- Leitung der EULEX-Mission, operative 334, 464–468, 472 f., 475, 517
- Letztentscheidungsbefugnis 23, 207, 398, 406, 415, 494
- Lissabonner Vertrag von 2009 177, 216 f., 229, 250, 260, 265, 275, 277, 294, 452
- Mandat
 - europarechtliches Mandat der EULEX-Mission 29, 146, 148, 312, 321, 332, 502–507, 510, 512–516
 - Umsetzung des Mandats der EULEX-Mission 5, 40, 45, 50 f., 75
 - völkerrechtliches Mandat der EULEX-Mission 146, 148, 287, 312, 322, 422, 434, 443–445, 499–506, 509, 511, 514 f.
- März 2004-Unruhen 90, 107, 113, 114
- Maßnahme
 - hoheitliche Maßnahme 141, 245, 247, 264, 266 f., 283 f., 344, **422**, **449**, 514
 - restriktive Maßnahme 272, 273–276, 450–452, 457

- Medicus-Prozess 87 f., 112
 Menschenhandel 59, 85–88, 112, 144, 383, 459
 Menschenrecht 1, 159, 204, 214, 215 f., 232, 241, 243–246, 260–263, 270, 284 f., 353–357, 362, 497, 507, 513–515
 – EGRC-Menschenrecht 250, 260, 263, 265–272, 277, 283–285, 357 f., 361–364, 376, 378, 423–427, 434, 478, 485, 489, 508, 513–515
 – EMRK-Menschenrecht 108, 235, 249–258, 261, 270, 283–285, 349, 356–358, 364 372–377, 416, 423–428, 458, 485, 488, 492–495, 507 f., 513–517
 – IPbpR-Menschenrecht 236, 243, 245, 248, 285, 328, 355, 360, 376 f., 474 f., 485, 489, 491, 517
 – menschenrechtliche Anforderung 186, 263
 – menschenrechtliche Gewährleistung 376
 – menschenrechtlicher Grundsatz 139, 261 f.
 – Menschenrechtsausschuss(IPbpR) 473, 517
 – Menschenrechtsdokument 328, 354 f., 491
 – Menschenrechtsfrage 14, 437
 – Menschenrechtsgarantie 236, 244 f., 329, 332
 – Menschenrechtsnorm 31, 33, 221, 344, 355, 362, 423, 437, 486 f., 513 f.
 – Menschenrechtsposition 145, 244, 266, 344 f., 423, 434
 – menschenrechtsrelevant 278, 283, 521
 – Menschenrechtsschutz 174, 182, 215, 244, 246, 249, 253, 258–261, 263, 268, 280 f., 328, 332, 336, 436 f., 443
 – Menschenrechtstandard 3, 219, 221, 225, 328 f., 354, 397, 437, 421, 484, 491, 518
 – Menschenrechtsverletzung 14, 16, 86, 186, 203, 246, 283, 367, 371, 471, 475, 486–496, 497, 518
 – Menschenrechtsverpflichtung 355 f., 359, 376, 514
 Meroni-Doktrin 279
 Mission, hoheitlich tätige zivile 4, 154, 209, 218, 361, 364 f., 374, 422
 – *siehe auch* Friedenssicherungsmission, Gebietsverwaltung, internationale Verwaltung, Verwaltungsmission, internationale Territorialverwaltung, internationale Übergangsverwaltung, internationale Zivilverwaltungsbehörde
 Mittel
 – finanzielles Mittel der EULEX-Mission 232, 314 f.
 – personelles Mittel der EULEX-Mission 232, 300, 314, 444, *siehe auch* Personal
 MMA-Tätigkeit (Monitoring, Mentoring, Advising) 31, 33, 40, 42 f., 45 f., 51–54
 – MMA-Aktivität im Bereich Justiz 37 f., 55–66
 – MMA-Aktivität im Bereich Polizei 38, 66–72
 – MMA-Aktivität im Bereich Zoll 72–75
 Morddelikt 61, 81, 83 f., 86, 91–93, 98, 115–117
 Nachkonfliktgesellschaft 3, 313, 221, 451
 – *siehe auch* Post-Conflict Peacebuilding
 NATO 17, 75, 213, 304, 338, 464, 477
 – NATO-geführte Kosovo Force, *siehe* internationale Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR)
 – NATO-Luftangriff 16
 Nichtanerkennung des Kosovo 295 f.
 Nord-Kosovo 8, 44, 46, 74, 77 f., 94, 128, 133, 400, 435, 446
 „Normative Kraft des Faktischen“ 409–415
 Observation 96, 144, 459
 Ombudsmann-Institution 497 f., 519
 Operation zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten i. S. d. Art. 43 Abs. 1 S. 1 EUV 216–218, 232 f., 283, 451
 Operationskonzept (CONOPS) 231, 312, 332–335, 341 f., 347, 349, 353, 439 f., 507, 509, 511

- Operationsplan (OPLAN) 50, 231, 312, 332, 507
 Organhandel 85–88, 112, 144, 447, 459
 Organisation, internationale 1, 3, 17, 140, 150, 161, 175, 204, 229, 282, 303, 465
 – *siehe auch* Völkerrechtssubjekt
 Organisationsrecht, *siehe* „Innenrecht“

 Parallelstruktur von Serbien, *siehe* serbische Enklave
 Patrouille 70, 78, 135, 366, 459
 Personal 19, 27, 34, 47, 147, 280, 314 f., 437, 465–468, 518
 – „kontraktiertes“ Personal der EULEX-Mission 7, 147, 350, 352, 480
 – „sekundiertes“ Personal der EULEX-Mission 7, 147, 343, 352, 370, 375, 442
 Personenkontrolle 346
 Personenschutz 39, 79, 366
 Personenstandsurkunde 136–138
 Petersberger Aufgabe 212 f., 217
 Pillar, *siehe* Säule der UNMIK-Mission
 Polizei 18, 31, 34, 38, 44 f., 52, 66, 75, 133, 143, 148, 219, 257, 284, 300, 327, 337 f., 344 f., 365 f., 371, 374, 393, 429, 452, 475, 483, 488, 518
 – Polizeigewalt 142 f., 187, 284, 344 f., 356, 374 f., 380, 429 f., 483
 – Polizeikomponente der EULEX-Mission 34, 38 f., 42, 44, 332 f., 509, *siehe auch* Struktur der EULEX-Mission
 Polizist, *siehe* Polizei
 Post-Conflict Peacebuilding 31, 139, 209, 216–218, 233, 283, 358, 485, 502
 – *siehe auch* Friedenskonsolidierung, Nachkonfliktgesellschaft
 Präsident des EULEX-Richterrates (PAEJ) 36, 111, 387–392, 439, 490
 Präsidentielle Erklärung des UN-Sicherheitsrates vom 26. November 2008 (S/PRST/2008/44) 29, 297, 308–312, 318, 321, 322, 326 f., 330 f., 443, 501–505, 507
 Prinzip
 – Effektivitätsprinzip 409, 412, 415, 508
 – Gesetzmäßigkeitsprinzip 264
 – Prinzip der EU 258 f., 261 f.
 – Prinzip des effektiven Rechtsschutzes 269, 271, 274, 277 f., 281, 449, 488
 – Rechtsstaatlichkeitsprinzip 2, 154, 234, 252, 258–269, 280 f., 285, 350, 372, 389, 451, 509, 515
 – Territorialitätsprinzip 263
 – Verhältnismäßigkeitsprinzip 242, 258, 267, 280, 284, 375, 422–424, 429, 434, 514
 – Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung 154
 – Prinzip des Völkerrechts 151, 182, 211, 282
 Privatisierung 104, 128–132, 298, 350, 389–401, 406, 408 f., 411, 414
 Protektorat, modernes 1
 publicly owned enterprises (POE) 128

 Recht
 – das im Kosovo geltende Recht 380–416
 – Europarecht 4 f., 149, 216 f., 258, 281–285, 346, 353, 361–380, 416, 422 f., 428, 434, 471, 506–508, 515
 – Recht auf den gesetzlichen Richter 265 f., 346, 350, 388, 392, 421 f.
 – Selbstbestimmungsrecht 12, 152, 157, 290, 360
 – Völkerrecht 5, 150–153, 182, 216, 227, 232, 235, 281 f., 354, 397, 398, 400, 404, 406, 434, 507
 – UNMIK-Recht 18, 396–400, 403
 – „vom SRSG konkludent gebilligtes Recht“ 414–416, 431, 434, 508, 510, 513, 515
 Rechtmäßigkeit 1, 4, 149, 153, 157, 199 f., 234, 258 f., 266 f., 282, 321, 507
 – *siehe auch* Legitimation
 – Europarechtmäßigkeit 153, *siehe auch* europarechtliche Kompetenzgrundlage
 – Rechtmäßigkeitskontrolle 274, 277, 281, 434–437, 450, 516
 – Rechtmäßigkeitsmaßstab 242
 – Völkerrechtmäßigkeit 50, 255, 282, 288, 292 f., 295, 301, 311, 318, 500
 Rechtmäßigkeitsanforderung 1, 2, 5, 149, 234, 283

- *siehe auch* rechtliche Vorgabe, rechtlicher Standard
- Rechtsbehelf 245, 253, 270, 277, 376, 449, 486
- *siehe auch* Rechtsschutz
- außergerichtlicher Rechtsbehelf 486–499, *siehe auch* nichtgerichtlicher Rechtsschutz
- gerichtlicher Rechtsbehelf 449–486, *siehe auch* gerichtlicher Rechtsschutz
- Rechtsgrundlage 24, 26, 29, 149 f., 154, 159 f., **163–169**, **183**, 205 f., **229**, **234**, 250, 264–267, 278, 280–283, 287, **293**, **297**, 302, 317 f., **321 f.**, **344**, 380, 391, 416, 421, 429, 480, **487**, 500 f., **507 f.**, **511 f.**, 521
- Rechtskontrolle **258**, **269**, 271, 275, 278, **280 f.**, **285**, 287, 356, 363, **434**, 439 f., **443**, 447 f., **452**, 479, **486**, **515**, 521 f.
- *siehe auch* Rechtsbehelf, Rechtsschutz
- Rechtsmedizin 37 f., 43, 65, **100–103**, 145, 339, 353, 512 f.
- Rechtsordnung 18, 154, 235, 258 f., 264, 269, 277, **396–400**, 403, **416**, 479, 508
- Rechtsprechung 3, 50, **103–132**, **146**, 269, **386**, **401**, **404**
- *siehe auch* Justiz, Richter, Urteil
- Rechtsprinzip, *siehe* rechtsstaatliches Prinzip
- Rechtsquelle 5, 149, 251, 260 f., 322, 354, 396–399, 423, 507
- Rechtsrahmen, verbindlicher 283, 321, 335, 434, 468 f.
- Rechtssatzvorbehalt 236 f., 258, 264, 266, 283, 363, 378
- Rechtsschutz
 - Rechtsschutzerfordernis 253, 285
 - Rechtsschutzmechanismus 244 f., 248, 281, 287, 449, 479, 486, 516
 - Rechtsschutzmöglichkeit 247, 276, 285, 478, 480, 497
 - rechtsschutzrelevante Gewährleistung 245 281
 - effektiver Rechtsschutz 269, 271, 274, 277 f., 281, 449, 488
 - gerichtlicher Rechtsschutz 245, 253, 260, 269, 270, 275, 367, 377, 425, 449, 472 f., 485
 - Individualrechtsschutz 271, 275, 278, 281, 434, 449, 480, 497
 - Menschenrechtsschutz 182, 244, 245 f., 259 f., 263, 268, 328, 436 f.
 - nichtgerichtlicher Rechtsschutz 276, 367, 486
 - Rechtsschutz durch den EGMR 457–473
 - Rechtsschutz durch den EuGH 449–457
 - Rechtsschutz durch Gerichte der beitragenden Staaten 474–480
 - Rechtsschutz durch Gerichte im Kosovo 480–486
 - Rechtsschutzdefizit 518
 - Rechtsschutzlücke 271, 281, 450
 - Rechtsschutzsystem 278, 281
- Rechtssetzung, kosovarische 399 f., 403–406, 409, 411, 414–416
- Rechtsstaatlichkeit 1, 20, 22, 27, 31–33, 41 f., 53, 64, 174, 215 f., 221, **227**, 232, **258 f.–269**, 280, 297, 323, **338**, 344, 350, 372, 422, 442 f., 448, **505**, 509, **515**
- Rechtsstaatlichkeitshilfe 447
- Rechtsstaatlichkeitsmission 1, 7, 21, 220, 288
- Rechtsstaatlichkeitsprinzip 2, 154, 234, 252, **258–269**, 280 f., **285**, 350, 372, **389**, 451, **509**, **515**
- „Reconfiguration“-Plan **24–29**, 146, 297, 305, **309–312**, 319 f., 323, 325–327, **331**, 443, 501 f., 507
- *siehe auch* Umstrukturierung der internationalen Zivilpräsenz im Kosovo
- Regional, *siehe* Regionalorganisation
- Regionalorganisation 163–177, 181–184, 189–201, 297, 358
- Resolution 1244 (1999) des UN-Sicherheitsrates **17–20**, 24, 26, **27**, **50**, 287 f., **291**, 293, 297 f., 301–312, **317**, 323, 326–332, **396**, **403–415**, 501–508
- Responsibility to Protect (R2P) 203
- Richter
 - *siehe auch* Rechtsprechung

- Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit 32, 33, 58, 147, 346, 350 f., 353, 377, 407, 512
- Recht auf den gesetzlichen Richter 265 f., 346, 350, 388, 392, 421 f.
- Wahl und Ernennung der Richter 240, 284, 346–349, 353, 512
- Zuständigkeit der Richter 107, 111, 114, 125, 240, 264 f., 283 f., 346, 349 f., 381, 386–390, 420 f.
- Römischer Vertrag von 1957 177, 210
- Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), *siehe* Internationaler Strafgerichtshof (IStGH)
- Rule of Law 3, 243–247, 285

- Säule der UNMIK-Mission 19, 129, 190, 298–300, 305, 408
- Schmuggelbekämpfung 63, 73, 93, 113, 119, 136, 346, 368, 378
- „Sechs-Punkte-Plan“ 28 f., 319
- Selbstverwaltungsinstitution, provisorische (PISG) 17, 19, 32, 291, 307, 329, 397, 398, 415, 503
- Serbien 9, 11–13, 17, 25, 29, 65, 74, 78, 137 f., 288, 290, 329, 396 f., 445, 458 f., 499, 503
- socially owned enterprise (SOE) 127–131, 401 f., 416
- Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs als Leiter der UNMIK-Mission (SRSG) 18 f., 129, 207, 300, 304, 306, 320, 326, 348, 396, 398–400, 403–416, 421, 431, 434, 480, 498, 506, 508, 513, 515
- Sondertribunal für Kosovo 87
- Souveränität 20, 23, 150–157, 208, 282, 329, 331, 477, 503
- Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) 8 f., 12–14, 397
- Spannung, ethnische 13, 32, 123, 131, 139, 186, 221, 485
- Special Chamber of the Supreme Court on Kosovo Trust Agency Related Matters (SCSC-Sonderkammer) 57, 104, 129–132, 331, 348, 389, 390 f., 400, 401 f., 406, 412, 416, 419
- Special Court for Sierra Leone (SCSL) 239, 240
- Special Tribunal for Lebanon (STL) 238
- Staat
 - Drittstaat 7, 33, 165, 287, 294, 314 f., 333, 469, 473, 479
 - Staats- und Ortsname 8
 - am EULEX-Einsatz beteiligter Staat, *siehe* Entsendestaat
 - beitragender Staat, *siehe* Entsendestaat
 - betroffener Staat, *siehe* Territorialstaat
 - „Tito-Staat“ 13
 - Staatsgewalt 18, 22, 140, 152, 154, 163, 290, 328, *siehe auch* hoheitliche Gewalt, Herrschaftsgewalt, Hoheitsrecht
- Staatsanwaltschaft 2, 6 f., 18, 32, 36 f., 43 f., 55, 60–62, 79–100, 105 f., 109, 143–147, 221, 322, 345, 347 f., 351 f., 353, 357, 368, 381, 416, 428, 431, 439, 459, 479, 484, 498, 505
 - Zuständigkeit der EULEX-Staatsanwaltschaft 382–384, 510, 513
 - SPRK-Sonderstaatsanwaltschaft 44, 79–86, 88, 90–92, 94–99, 122, 382 f., 385–387, *siehe auch* Law on the Special Prosecution Office of the Republic of Kosovo (SPRK-Sonderstaatsanwaltschaftsgesetz)
- Standard, rechtlicher 2, 4, 5, 149, 221, 244, 254, 258, 262, 281, 499
 - *siehe auch* Rechtmäßigkeitsanforderung, rechtliche Vorgabe
- Status des Kosovo, völkerrechtlicher, *siehe* Statusfrage
- Status of Mission Agreement (SOMA) 158 f., 320, 483
- Statusfrage 19–22, 24 f., 26, 148, 313, 329, 319, 329
- Statusneutralität 27 f., 147 f., 297, 309, 319 f., 329–331, 416, 445, 501, 504 f., 508
- Stimmhaltung, konstruktive 230, 312
- Straftat, interethnische 32 f., 90 f., 113–115, 339, 350, 367, 383, 387 f.
- Strafverfolgung 3, 31, 40, 79, 95, 146, 187, 226, 335, 351, 366, 368, 377, 382, 386, 431

- Strafvollzug 2, 23, 32, 37, 43, 45 f.,
62 f., **132 f.**, 143 f., 220, **353**, 367, 381,
393 f., 462, 483 f., 512 f.
- Strafvollzugsbeamter, *siehe* Strafvollzug
- Strengthening Division der EULEX-
Mission 42 f., 45 f., 66, 72, 333, 509
– *siehe auch* Struktur der EULEX-
Mission
- Strengthening Mission 219, 221, 225,
226, 366, 502
- Struktur der EULEX-Mission 33–49
Subordinationsverhältnis 140 f., 148
- Substitution Mission 219–222, 225 f.,
366, 502
- Tätigkeit, hoheitliche 148, 232, 299, 339,
416, 512
– *siehe auch* hoheitliche Aufgabe,
hoheitliches Befugnis, hoheitliche
Maßnahme
- Tätigkeitsfeld der EULEX-Mission,
territoriales 314, 505
- Territorialstaat 1, 7, 18, 139, 143, 152–
161, 208, 256 f., 458
- Territorialverwaltung, internationale 1, 5,
7, 142, **155**, 161 f., **183**, 209, 227, **234**,
256, 278, **287**, 323, 358
– *siehe auch* Friedenssicherungsmis-
sion, Gebietsverwaltung, internatio-
nale Verwaltung, Verwaltungsmission,
internationale Übergangsverwaltung,
internationale Zivilverwaltungs-
behörde
- Terrorismus 32, 84, 111, 115, 144, 339,
349, 367, 382, 459
- Treuhandverwaltung 188, 237 f., 246
- Über-/Unterordnungsverhältnis, *siehe*
Subordinationsverhältnis
- Übergangsverwaltung, internationale 2 f.,
7, 23, 302 f., 329, 360, 404, 503
– *siehe auch* Friedenssicherungsmis-
sion, Gebietsverwaltung, internationale Ver-
waltung, Verwaltungsmission, interna-
tionale Territorialverwaltung, interna-
tionale Zivilverwaltungsbehörde
– UNMIK-Übergangsverwaltung, *siehe*
UNMIK-Mission
- Überwachung der Telekommunikation 345
– *siehe auch* Observation
- UÇK-Befreiungarmee 14 f., 16, 81–86,
108, 109 f.
- Umstrukturierung
– Umstrukturierung der EULEX-Mission
5, 33 f., 37, 39, 44, 132 f., 436, 509
– Umstrukturierung der internationalen
Zivilpräsenz im Kosovo 21, 146, 287,
306–309, 319, 324, 444, 458, 481, 501,
511, *siehe auch* „Reconfiguration“-
Plan
- Unabhängigkeitserklärung des Kosovo
25, 28, 70, 136, 288 f., 292, 293, 396,
400, 409, 499, 504
- Unionsvertrag von Maastricht von 1992
211 f.
- UNMIK-Mission 17–20, 22, 24–29, 80,
90, 107, 240, 290, 297–300, 307 f.,
323 f., **396 f.**, 403, 406 f., 444, 458 f.,
480 f., 496 f., 500–504
- Unruhen niederschlagung 76, 78, 144,
220, 338, 366, 445, 459, 483
– *siehe auch* Aufstandsbekämpfung
- Unterbevollmächtigung, *siehe* Sub-
delegation
- Untersuchung, gerichtsmedizinische 37,
44, 47, 101
- Urteil
– *siehe auch* Rechtsprechung
– Urteil in Strafsachen 107, 111–122
– Urteil in Zivilsachen 107, 123 f., 128–
132
- Verfassung des Kosovo 25, 26, 28, 147,
288 f., 349, 399, 405, 411, 499
- Verfassungsgericht des Kosovo 83, 104,
402, 506
- Verhältnismäßigkeitsprinzip 242, 258,
267, 280, 284, 375, 422–424, 429, 434,
514
- Verteilung von richterlichen Geschäften
(Geschäftsverteilung) 53, 57, 58, 266,
418–421, 512
- Verwalten 5, 143 f., 149
- Verwaltung 6, 139, 156, 161
– Gebot der guten Verwaltung 363, 378,
428

- internationale Verwaltung 7, *siehe auch* Friedenssicherungsmission, Gebietsverwaltung, Verwaltungsmission, internationale Territorialverwaltung, internationale Übergangsverwaltung, internationale Zivilverwaltungsbehörde
- Justizverwaltung 36
- Konsensverwaltung 7, 8, 154–162, 208, 288–296
- Internationale Territorialverwaltung 1, 139, 142, 155 f., 157, 161, 163
- Übergangsverwaltung 1, 3
- UN-Verwaltung, *siehe* UNMIK-Mission
- Verwaltungsaufgabe 158
- Verwaltungsdistrikt 104
- Verwaltungseinsatz 4
- Verwaltungsgrenze 74, 78, 133
- Verwaltungshoheit 155, 156, 160–162
- Verwaltungskompetenz 155, 161 f., 196
- verwaltungsrechtliche Perspektive 4
- Verwaltungssituation 4
- Verwaltungstätigkeit 6
- Verwaltungsvorschrift 53, 63
- Zwangsverwaltung 7, 8, 154 f., 162–209, 296–312
- Verwaltungshandeln 5 f., 143, 195, 206, 234, 244, 251, 256–258, 264, 283, 327, 353 f., 363, 380, 403, 436 f., 442, **458**, 470, 479, 498 f., 508, 516
- *siehe auch* hoheitliches Handeln, Verwalten
- Verwaltungsmission **1 f.**, **6 f.**, 142, **149–163**, 186, **234 f.**, 247 f., **254**, 276, **278–285**, 297, 303, **361**, 365, 428, **499**, 507, 514 f.
- *siehe auch* Friedenssicherungsmission, Gebietsverwaltung, internationale Verwaltung, internationale Territorialverwaltung, internationale Übergangsverwaltung, internationale Zivilverwaltungsbehörde
- EU-Verwaltungsmission **2**, 7, **138**, 141–143, **149 f.**, 154–161, 191, 193, 200, 207, **209**, 224 f., **227**, 234 f., 247 f., **254**, 276, **280–285**, 287, 297, 301, **312**, 365, 429, **499**
- UN-Verwaltungsmission 139, 163, 188, 205, 238, 304, 310
- Verwaltungssituation 4
- Völkerrecht 5, 150–153, 182, 216, 227, 232, **235**, 281 f., 354, 397, **398**, **400**, 404, 406, 434, 507
- allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts 235, 247–249, 285, 489
- humanitäres Völkerrecht 237 f., 242, 246 f., 358 f.
- Völkergewohnheitsrecht 145, 188, **235–243**, 245, **247**, 284, 328 f., 332, 354, 358–360, 461, **474**, **507**, **513**, **514 f.**, **518**
- völkerrechtlich wirksame Einladung 155–162, 208, 288–296
- völkerrechtliche Kompetenzgrundlage 24–30, 150, 154, 282, 287, 499–502, 521
- völkerrechtliche Verantwortlichkeit 461–468, 471, 473 f., 517
- völkerrechtliches Mandat der EULEX-Mission 146, 148, 287, 312, 322, 422, 434, 443–445, 499–506, 509, 511, 514 f.
- zwingende Völkerrechtsnorm, *siehe* *ius cogens*
- Völkerrechtmäßigkeit 50, 255, 282, 288, 292 f., 295, 301, *311*, 318, 500
- Völkerrechtssubjekt 1, 150, 153, 156, 208, 248, 282, 296, 311, 354, 413
- *siehe auch* internationale Organisation
- Vorgabe, rechtliche 2, 4 f., 234 f., 252, 258, **283**, 318, 323, 326, 332, 339, 342, 347, **362**, 376, 395, **435**, 444, 474, **506**, 509–511
- *siehe auch* Rechtmäßigkeitsanforderung, rechtlicher Standard
- Waffenhandel 115–120, 144, 383, 459
- Weisung 34, **147 f.**, 334, **340**, 350, **351**, **369 f.**, 375, 436, 440, **465–469**, 475 f., 490, **505**, 517
- Wiederaufbau 19, 32, 159 f., 215, 221, 225, 451
- Zeugenschutz 33, 53, 59, 64, 82, 144, 368, 447, 459

- Zivile Strategische Option (CSO) 231
- Ziviler Planungs- und Durchführungsstab (CPCC) 5, 34, 41, 42, 87, 231, 288f., 300, 331, 334, 338, 365, 375, 441, 442, 465, 480, 483
- Zivilpräsenz im Kosovo, internationale 4, 11, 19, 21–24, 297, 303–309, 326–328, 444, 501
- Zivilverwaltungsbehörde, internationale 7
- *siehe auch* Friedenssicherungsmission, Gebietsverwaltung, internationale Verwaltung, Verwaltungsmission, internationale Territorialverwaltung, internationale Übergangsverwaltung
- Zoll 31, 44 f., 72, 257, 299, 305, 313, 336, 353, 368, 380, 394, 444, 458, 500, 511
- Zollkodex 394 f., 399, 404, 416, 508, 513
 - Zollkomponente der EULEX-Mission 34, 40, 42, 44, 133, 332 f., 509, *siehe auch* Struktur der EULEX-Mission
 - Zollkontrolle 2, 23, 29, 31 f., 40, 44, 133–136, 145, 339, 346, 368, 446, 455, 483
 - „Zollkrieg“ 78
- Zollbeamter, *siehe* Zoll
- Zurechenbarkeit des Fehlverhaltens 295, 461–469, 473, 476, 480
- Zusammensetzung der Spruchkörper 240, 266, 284, 390–393
- Zuständigkeitsverteilung bei der Durchführung polizeilicher Aktionen (Sicherheitsreihe *first – second – third responder*) 76, 337 f., 510 f.
- Zustimmungserklärung des Territorialstaates, *siehe* Einwilligung des Territorialstaates
- Zwangsmaßnahme 155, 163, 164–168, 183–201, 311, 432
- Zwangsverwaltung 7, 8, 154 f., 162–209, 296–312